



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 6

**Faire Verträge
für Leiharbeiter**

LEBEN

SEITE 20

**Wann der Chef
die Brille zahlt**

ARBEIT

SEITE 25

**Lösemittel sind
Gift für Menschen**

BEZIRK

SEITE 28



Tarifrunde 2008:

Wir sind Stahl!

THEMEN IM HEFT



Foto: Thomas Range

In der Stahlindustrie brummt es. Kein Wunder: Die Beschäftigten wollen mehr Geld aufs Konto. Auch Blankstahl-Fertiger und Metaller Peter Schmidt (Foto) findet, dass sich seine Leistung jetzt auch lohnen muss. »Die Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre decken die Preissteigerungen für Benzin, Öl und Lebensmitteln schon lange nicht mehr ab«, sagt der 41-jährige Siegener. So wie er denken alle Beschäftigten in der Stahlindustrie. Die IG Metall fordert acht Prozent und zusätzliche freie Tage für Ältere. **SEITE 10 BIS 13**

Titelfoto: Thomas Range



Foto: Frank Rumpenhorst

Die SPD zu Besuch bei der IG Metall

Der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber und SPD-Chef Kurt Beck diskutierten in Frankfurt über den Mindestlohn. **SEITE 4**



Foto: Frank Rumpenhorst

Steuerpolitik: Wer die Zeche zahlt

Der marode Bahnhof im hessischen Karben: Die Regierung schenkt den Firmen Steuern und die Kommunen sind pleite. **SEITE 14**



Foto: Carmen Jaspersen

Ausbildung für Schwerbehinderte

Bei Mercedes in Bremen machen Schwerbehinderte eine ganz normale Ausbildung zusammen mit anderen Jugendlichen. **SEITE 25**

metallzeitung und direkt 2007 komplett auf CD-ROM

Mit Passwort für das metallzeitung-Online-Archiv im Internet

Bestell-Nr. Einzelpreis Anzahl Summe

111-18569 10 Euro

Gesamtpreis

Die CD-ROM enthält: alle metallzeitung-Ausgaben des Jahrgangs 2007 einschließlich: ► Regional- und Lokalseiten ► alle direkt-Ausgaben des Jahrgangs 2007 mit: ► Grafiken, ► außerdem alle Ausgaben des Jahrgangs 2007 von: ► IT-Magazin, ► Kfz Handwerk. Auf der CD-ROM: Inhaltsverzeichnis und Volltextsuche. Software Acrobat Reader. Alle Seiten können im Original-Layout ausgedruckt werden. Die CD-ROM läuft unter Windows 9X oder höher/NT und Mac.

► **Bestellungen an:** IG Metall-Vertrieb,
► **E-Mail:** vertrieb@igmetall.de,
► **Internet:** www.igmetall.de
► **Fax** 069-66 93-2538,
► **Lieferung gegen Rechnung**

Jetzt bestellen!

IMPRESSUM**metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall**

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion metallzeitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Birgit Büchner/Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die metallzeitung gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden-Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **SPD zu Besuch bei IG Metall**
Gemeinsam für Mindestlohn und Umweltschutz.
- 5 **Der Widerstand bei Nokia**
Werksschließung aus purer Gewinnsucht der Manager.
- 6 **Mehr Geld für Leiharbeiter**
Dank Ergänzungstarifvertrag neue Mitglieder gewonnen.
- 7 **»Gesund und fit«**
Wäschereien, die vom Tarif abweichen, zahlen Bildung.
- 8 **Telefonaktion**
Wechselnde Schichtarbeit ist für Eltern oft ein Problem.
- 9 **Pflaume des Monats**
Bahnchef Hartmut Mehdorn

TITEL

- 10 **Tarifrunde Stahl**
Harte Arbeit, gute Leistung: Jetzt wollen die Beschäftigten ihren Anteil am Gewinn.

REPORTAGE

- 14 **Steuerparadies Deutschland**
Die Firmen sparen und die Kommunen haben kein Geld für Investitionen.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Aufsichtsrat Wilfried Schmid.

- 18 **Lohnsteuerhilfe**
Dank IG Metall einfacher zur Steuererklärung.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
VW-Jugendvertreter Gürol Ergül über Rassismus.
- 20 **Guter Rat**
Die Brille für den Bildschirm muss der Chef bezahlen.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Ostseebad Binz

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Mercedes bildet Schwerbehinderte aus.
- 23 **Die gute Idee**
Bei öffentlichen Aufträgen Tariflöhne zahlen.
- 24 **Unsere Tipps**
So schützen sie sich vor Lärm in der Produktion.
- 25 **So geht es besser**
Schwerbehinderte Azubis einfach normal ausbilden.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Lösemittel sind für Mensch und Umwelt Gift.
- 26 **Ökonomie mal anders**
Jörg Huffschild über die Verträge von Lissabon
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Gute Arbeit

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

EDITORIAL

STAHLTARIFRUNDE



Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie und die harten Jobs in der Branche.

Foto: Frank Rumpenhorst

Sicherere Jobs in der Zukunftsbranche Stahl

Die IG Metall fordert von der Politik: Schafft gesetzliche Rahmenbedingungen für Altersteilzeitmodelle.

Die deutsche Stahlindustrie brummt. Über 85 Prozent ist der Umsatz seit 2003 gestiegen. Die Stahlwerke sind bis zum Anschlag ausgelastet. Die Beschäftigten wollen ihren fairen Anteil an diesem Boom. Acht Prozent mehr, wie sie die IG Metall fordert, sind angemessen und gerecht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten also gute und qualitativ hochwertige Arbeit. Die deutsche Stahlbranche hat sich längst zu einer High Tech-Industrie entwickelt.

Ihre Spitzenprodukte sind weltweit anerkannt. Bemerkenswert ist: hergestellt werden sie von Belegschaften, die im Durchschnitt 44 Jahre alt sind. Bei uns stehen immer mehr Kolleginnen und Kollegen in den Fünfzigern ihren Mann oder ihre Frau. Überwiegend an besonders belastenden Arbeitsplätzen, im Schichtbetrieb, am Hochofen oder in Gießereien. Deshalb ist für die IG Metall klar: Es ist falsch, für alle das Rentenalter auf 67 heraufzusetzen.

Das ist vor allem ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die seit Jahrzehnten in den Betrieben harte Arbeit leisten. Wir brauchen weiterhin Möglichkeiten zum vorzeitigen Altersausstieg.

Darum fordert die IG Metall von der Politik: Schafft gesetzliche Rahmenbedingungen, damit man aus den Knochen-Jobs auch nach 2009 früher raus kommt. Auch die Arbeitgeber müssen ihren Beitrag leisten. Deshalb will die IG Metall in dieser Stahltarifrunde kürzere Arbeitszeiten für alle Beschäftigten über 50 in der Stahlindustrie durchsetzen. Davon profitieren alle: Ältere Beschäftigte können trotz hoher Belastungen mithalten.

Die mittleren Jahrgänge haben sicherere Arbeitsplätze, weil der Altersmix stimmt. Und junge Menschen erhalten Zukunftsperspektiven, weil wieder neue Beschäftigte eingestellt werden. Das nützt den Beschäftigten und das nützt der Stahlindustrie: So bleibt sie auch in Zukunft weltweit spitze.

Berthold Huber



Foto: Manfred Vollmer

Nokia: Widerstand gegen die Werksschließung

Die IG Metall wirft Nokia Gewinnsucht vor. Der Handyhersteller will sein Werk in Bochum bis Mitte 2008 schließen. SEITE 5

DIALOG MIT DEN PARTEIEN

Gemeinsam für den Mindestlohn

Ob Mindestlohn, Leiharbeit, VW-Gesetz oder Umweltschutz: IG Metall und SPD marschieren in die gleiche Richtung. Das versprach das SPD-Präsidium bei einem Treffen mit den sieben geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der IG Metall. Die Rente mit 67 ist für den Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, allerdings nach wie vor der falsche Weg.

SPD-Chef Kurt Beck machte den Anfang: Er klopfte als erster an die Tür des neuen IG Metall-Vorstands. Mitte Januar trafen sich Beck, das SPD-Präsidium sowie die sozialdemokratischen Bundesminister in Frankfurt mit dem Vorstand der Metallerinnen und Metaller. Damit lösten die sieben geschäftsführenden Vorstandsmitglieder ein Versprechen ein, das sie im November dem Gewerkschaftstag in Leipzig gaben: einen offenen Dialog mit allen demokratischen Parteien zu führen. »Wir hoffen, dass nun die anderen Parteien dem Beispiel der SPD folgen und mit uns das Gespräch suchen«, erklärte Berthold Huber.

Auf der Tagesordnung des einstündigen Gesprächs standen Themen wie Mindestlohn, Zeitarbeit, das VW-Gesetz, der Umweltschutz sowie auch neue Altersteilszeitmodelle. Beim Thema Mindestlohn waren sich IG Metall und SPD insofern einig, dass »tarifvertragliche Regelungen Priorität haben müssen und über das Entsendegesetz abgesichert werden sollen«, betonten Huber und Beck. Dort wo es keine Tarifverträge gebe, müsse ein gesetzlich verankerter Mindestlohn als unterste Grenze einge-zogen werden.

Einig waren sich IG Metall und die Sozialdemokraten auch beim Thema Leiharbeit. Huber verlangte die Aufnahme der Zeitarbeit in das Entsendegesetz. SPD und IG Metall verständigten sich, das Thema anzupacken. Huber: »Die IG Metall hofft sehr, dass die Große Koalition die Kraft hat, einen Mindestlohn für die Zeitarbeit über das Entsendegesetz für allgemeinverbindlich zu erklären.« Beck sicherte dafür seine Unterstützung zu.

Schützenhilfe erhält die IG Metall auch in Sachen VW-Gesetz. SPD-Chef Beck kündigte eine Initiative zum Erhalt des VW-Gesetzes an. Das Gesetz war im November vom Europäischen Gerichtshof für teilweise europarechts-

widrig erklärt worden. Dies war von der IG Metall als ein Angriff auf die Mitbestimmung scharf verurteilt worden. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries werde einen Lösungsvorschlag auf den Tisch legen, versprach Beck.

Auch beim Thema Umweltschutz will sich die SPD in Richtung der IG Metall-Position bewegen. Berthold Huber hatte in den vergangenen Wochen die Pläne der EU-Kommission zur CO₂-Grenzwertregelung für Pkw als verfehlt kritisiert. Die Pläne der Kommission seien nicht wettbewerbsneutral. Außerdem gefährdeten sie Arbeitsplätze. Die SPD will diese Einwände in Brüssel vorbringen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

MEHR ZUM THEMA HUBER: GEGEN RENTE MIT 67

Die IG Metall und das SPD-Präsidium diskutierten auch über die Rente mit 67. Huber machte gegenüber der SPD deutlich, dass er sie weiterhin für den falschen Weg hält. »Wir brauchen gesetzliche Rahmenbedingungen, die gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen«, schrieb Huber der

SPD ins Pflichtenheft. Altersteilzeit-Modelle sind auch Thema von Gesprächen im Vorfeld der Tarifrunde, die die IG Metall in den nächsten Monaten mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall diskutieren wird. Kurt Beck kündigte in Frankfurt an, hierzu ebenfalls weitere Gespräche mit der IG Metall zu führen.



Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck (rechts) und der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, eröffnen die gemeinsame Sitzung in Frankfurt am Main.



Foto: Manfred Vollmer

Metallerinnen Margarete Nebe (links) und Ute Beer kämpfen um ihre Jobs.

»Es muss weitergehen«

Entsetzen, Wut und Empörung: Nokia will den Standort Bochum schließen. Das wird nicht kampfflos hingenommen.

Als die Metallerin am 15. Januar morgens die schreckliche Nachricht erfährt, hat sie das Gefühl, dass ihr der Boden unter den Füßen wegbricht. »Die ganze Existenz läuft an einem vorbei«, sagt Margarete Nebe: »Erst ein Jahr arbeitslos, dann Hartz IV.« Die 46-Jährige ist seit 1989 bei Nokia in Bochum beschäftigt. Sie arbeitet als Bestückerin.

Margarete Nebe hatte Pläne – vielleicht eine neue Wohnung, ein paar Anschaffungen. »Nein, was ich mir für die Zukunft vorgenommen habe, ist alles vorbei.« Dabei ist sie stolz darauf, dass sie nie auf jemanden angewiesen war, sondern immer selbst für sich gesorgt hat. Wütend bricht es aus ihr heraus: Der Schließungsbeschluss sei »wie ein Schlag in die Fresse«.

Ute Beer hat davon per SMS erfahren. Im ersten Moment denkt sie, »da veräppelt mich jemand«. Die Montiererin, ebenfalls 46 Jahre alt, ist krank. Trotzdem fährt sie sofort ins

Werk. Auch der Arbeitsplatz ihres Mannes steht auf der Kippe. »Wir hatten noch so viel vor.« Jetzt hat Ute Beer Angst vor der Zukunft. »Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll ...« Ihr versagt die Stimme.

Auch Margarete Nebe ringt noch Stunden später um Fassung. Sie ist Betriebsrätin, sie muss mit den Beschäftigten reden. »Die Leute waren sprachlos, sind sich in die Arme gefallen. Ich habe noch nie so viele Männer weinen sehen.« Dass so viele Beschäftigte aus anderen Bochumer Betrieben zum Nokia-Werk geeilt sind, rührt Nebe. Sie ist eine Kämpfernatur: »Wir geben nicht auf. Es muss weitergehen!« ■

Norbert.Huesson@t-online.de

Der Kampf gegen die Werkschließung von Nokia hat bei Redaktionsschluss gerade erst begonnen. Aktuelles gibt es unter:

► www.nrw.igmetall.de

► www.nrwspd.de/nonokia

FAKTEN DER GEPLANTEN WERKSCHLIESSUNG

- Arbeitsplätze in Bochum: 2300 Stammbeschäftigte und bis zu 1000 Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer,
- gezahlte deutsche Subventionen (Bund und Land Nordrhein-Westfalen) an Nokia: rund 88 Millionen Euro,
- bisheriger Reingewinn bei Nokia: 1,56 Milliarden Euro,
- geplante Gewinnmargen des Nokia-Konzerns: 16 bis 17 Prozent.

Es reicht: Die Leute sind fertig

Zwölf-Stunden-Schichten in der Chipherstellung.

Zwei Jahre, nachdem die Zwölf-Stunden-Schicht in einer Dresdener Chipfabrik eingeführt wurde, ist einer besorgten Ehefrau der Kragen geplatzt. »Die Leute sind am Ende«, schreibt sie in einem offenen Brief an die IG Metall.

»Der Brief könnte aus jeder der drei Chipfabriken stammen. Die Klagen sind überall die gleichen«, sagt der IG Metall-Bevollmächtigte Willi Eisele. Die Briefschreiberin ist über die Realität in der Arbeitswelt ihres Mannes völlig entsetzt: »Meine Freundin arbeitet auch im Werk. Mein Mann spricht viel mit Kollegen, und alle sagen das gleiche: Sie sind fertig – mit Mitte vierzig, nach nur zwei Jahren.«

Der Schichtrhythmus setze ihrem Mann zu und habe ihn verändert: »Woche für Woche schwand seine Energie.« Nach der Frühschicht sei er kaum ansprechbar, und zwischen zwei Nachtschichten sei er »schein-

tot«. Ein besseres, gerechteres Schichtmodell müsse her.

»Dazu muss die Belegschaft gemeinsam aufstehen und die Betriebsräte der IG Metall beauftragen, mit dem Management menschen- und familiengerechte Arbeitszeiten auszuhandeln«, sagt Eisele. Wer etwas verändern will, kann sich per E-Mail direkt an Willi.Eisele@igmetall.de wenden. mda

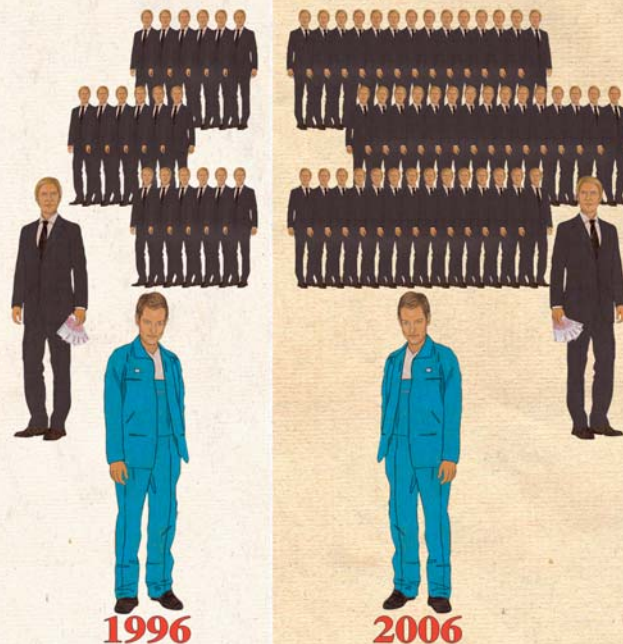
MODERNE ZEITEN

Infineon, Qimonda und AMD führten die Zwölf-Stunden-Schichten in ihren Dresdener Chipfabriken 2005 etwa zeitgleich ein – gegen den Willen der Betriebsräte der IG Metall, die bei den vergangenen Betriebsratswahlen die Mehrheit knapp verfehlten. Die harten Arbeitsbedingungen schüren den Unmut in den Belegschaften. Kontakt zur IG Metall gibt es unter:

► www.dresden.igmetall.de

EINKOMMENSUNTERSCHIED WÄCHST

Während Manager 1996 im Schnitt das 19-fache eines Mitarbeiters verdienten, war es zehn Jahre später das 44-fache.



Quelle: Humboldt-Universität, Berlin, Illustration: Birgit Lang

IG METALL-MITGLIEDER

»Warum tun wir etwas für euch?«

In wenigen Tagen wurden bei der Firma Still in Hamburg über 150 Beschäftigte IG Metall-Mitglieder. Viele von ihnen waren Leiharbeiternehmer. Was war passiert? Die IG Metall verhandelte einen Ergänzungstarifvertrag für die Arbeitnehmer aus. Und der spült mehr Geld in die Portemonnaies der Beschäftigten. Ein guter Grund, Gewerkschaftsmitglied zu werden.

Der Automobilclub tut was für die Autofahrer, der Fahrradclub für Radler. Die IG Metall tut was für ihre Mitglieder. Warum soll sie eigentlich was für euch tun? Ihr seid ja keine Mitglieder.« Kay Pietschs Botschaft in der Betriebsversammlung war deutlich. Sie richtete sich an die Beschäftigten in der Belegschaft, die noch nicht in der IG Metall waren. Pietsch ist Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Still in Hamburg, deren rund 1800 Beschäftigte Elektro- und Gabelstapler herstellen.

Seine Sätze verhallten nicht ungehört. »Schon gleich nach der Versammlung strömten Kollegen in Scharen in unser Servicebüro und füllten Beitrittserklärungen aus«, berichtet Margret Heinrichs, Pietschs Stellvertreterin. Inzwischen traten rund 150 bis dahin nicht organisierte Belegschaftsangehörige der IG Metall bei. Ausgelöst hatte den Ansturm ein neuer Ergänzungstarifvertrag, den die Gewerkschaft im Dezember für Still abgeschlossen hat. Und der brachte für die Beschäftigten einiges an Verbesserungen.

Zum Beispiel für Leiharbeiternehmer: Seit Januar erhalten sie



Foto: Maurizio Gambarini / picture-alliance

Bei der Firma Still stellen rund 1800 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Elektro- und Gabelstapler her.

vom ersten Tag das Era-Tarifentgelt. Also gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das Unternehmen verpflichtet sich, nur noch mit solchen Verleihfirmen zusammenzuarbeiten, die die Tariflöhne zahlen, die die IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie ausgehandelt hat. Für die Betroffenen kann das ein saftiges Plus von bis zu 1000 Euro mehr im Monat bedeuten: Bisher bekamen sie zwi-

schen 1300 und 1500 Euro brutto. Jetzt können sie als Fachkräfte mit rund 2300 Euro rechnen.

Verbesserungen gab es auch für Auszubildende: In den vergangenen Jahren wurden Azubis, die ihre Prüfungen bestanden hatten, nur ein Jahr übernommen. Danach wurden sie meist befristet weiterbeschäftigt. Jetzt bekommen alle, die seit 2003 fertig wurden oder ihre Prüfung die-

ses Jahr machen, einen unbefristeten Vertrag. Von den Azubis, die ihre Ausbildung in den nächsten drei Jahren abschließen, werden mindestens 80 Prozent unbefristet übernommen.

Darüber hinaus hat Still sich in dem Tarifvertrag verpflichtet, dieses Jahr mindestens noch 100 Leute unbefristet einzustellen. Die IG Metall tut was. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



Foto: Stahlwerk Bous GmbH

Stahlwerk Bous: Hier gilt der Stahltarif auch für Leiharbeiter.

BOUS: Leiharbeiter jetzt nach Tarif bezahlt

In dem saarländischen Stahlwerk dürfen Leiharbeiter keine Stammebelegschaft verdrängen.

Die IG Metall hat einen Tarifvertrag mit dem Zeitarbeitsverleiher »Personal-Service-Agentur« vereinbart, der Leiharbeitern im Stahlwerk Bous in Völklingen gleiche Bedingungen wie der Stammebelegschaft sichert. Damit gelten für alle Leiharbeiternehmer die Bestimmungen des Tarifvertrags der saarländischen Stahlindustrie. Bisher waren in dem Betrieb, eine Tochter der Georgs-

marienhütte, nur »feste« beschäftigt. Als die Firmenleitung sich gegen Neueinstellungen wehrte, ließ sich der Betriebsrat auf Leiharbeit ein – per Betriebsvereinbarung.

Die Vereinbarung ermöglicht bei Einstellungen, Entlassungen und den Arbeitsbedingungen volles Mitbestimmungsrecht. Robert Hiry, Erster Bevollmächtigter der Völklinger IG Metall: »Das ist ein Riesenerfolg.« fra

DIE BOUS-VEREINBARUNG

- Leiharbeiter dürfen weder Urlaubs- noch Krankentage der »festen« ausgleichen;
- nur von der »Personal-Service-Agentur« Mühlheim kommen;
- sie müssen nach 18 Monaten unbefristet übernommen werden.

Endlich gleiche Bedingungen

Stammeschäftigte und Leiharbeiter werden in den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM), Duisburg, gleich behandelt.

Dirk Plawky, 51, hat gut lachen: »Ich bin endlich kein Arbeitnehmer zweiter Klasse mehr!« Der Metaller, als Schlosser am Hochofen von HKM tätig, ist Leiharbeiter. Und für sie gelten in dieser Firma dieselben Arbeitsbedingungen wie für die Stammschäftigten. Das haben die IG Metall Duisburg und der Betriebsrat durchgesetzt.

Gleiche Arbeit für gleiches Geld ist schon seit 2004 Praxis dort. Neu ist, dass auch die gleichen Arbeitsbedingungen gelten. Leiharbeiter erhalten sogar im Urlaub die in den Stahlbetrieben übliche Durchschnittsbezahlung, Jahressonderzahlung, Prämien sowie Schichtzulagen. Ihnen steht die bezahlte Teilnahme an Betriebsversammlungen zu und sie haben ein Recht auf Qualifizierung. »Besser geht's nicht«, sagt Ulrich Kimpel, Sprecher der IG Metall-

Vertrauensleute. Nur auf Belegschaftsaktien und Werksrente haben sie keinen Anspruch.

Auf der Hütte in Duisburg arbeiten 3300 Festangestellte und rund 200 Leiharbeiter. Bis Ende 2009 soll jeder zweite Leiharbeiter übernommen werden. Langfristig soll ihre Zahl auf 100 begrenzt werden.

»Wir brauchen sie, um Qualifizierungszeiten abzufedern«, sagt Betriebsrat Norbert Keller.



Für den Duisburger IG Metall-

Seckretär Klaus Löllgen ist die neue Vereinbarung »die Blaupause für alle Firmen in der Verwaltungsstelle«. Oliver Burkhard, IG Metall-Bezirksleiter in NRW, hält sie für »ziemlich einmalig«, sie sei »ein Meilenstein zur Umsetzung unserer Forderung nach gleichem Geld für gleiche Arbeit unter gleichen Bedingungen«. ■

Norbert.Huesson@t-online.de

»Gesund und fit« ein Hit

Wer vom Tarifvertrag abweicht, muss in Bildung investieren.

Beschäftigte in Textildienstleistungsbetrieben wie Wäschereien und Berufskleidungsverleihern bilden sich gerne weiter. Und im Westen können viele von ihnen das auch, weil die IG Metall 2006 ein Abkommen über Beschäftigungssicherung mit den Arbeitgebern im Westen vereinbart hat. Das wurde jetzt bis Ende Januar 2009 verlängert.

Weil Dumping-Löhne der Branche schwer zusetzen, können tarifgebundene Betriebe auf Antrag vom Flächentarif abweichen: Einkommen dürfen sie nicht kürzen, weil die Verdienste in der Branche ohnehin niedrig sind. Aber sie können die Arbeitszeit um bis zu 1,5 Stunden in der Woche auf 38,5 Stunden verlängern. Im Gegenzug müssen sie nicht nur zusagen, nicht betriebsbedingt zu kündi-

gen. Sondern ein Teil der Belegschaften kann sich jedes Jahr weiterbilden. Der Arbeitgeber bezahlt das und stellt die Beschäftigten dafür sogar eine Woche von der Arbeit frei.

Die Kritische Akademie in Inzell hat sich mit einem Programm darauf eingestellt. Sie bietet Themen wie Arbeitsrecht und »Gesund und fit« an. Schon im ersten Jahr war der Ansturm so groß, dass die Akademie 19 zusätzliche Seminare organisieren musste. »Super Angebote«, schwärmt Dieter Christmann, der beim Textildienstleistungsbetrieb Mewa in Bottrop Betriebsratsvorsitzender ist. Er ist nicht der einzige Begeisterte bei Mewa. »Für dieses Jahr haben wir schon so viele Anmeldungen, dass wir die Plätze verlosen müssen.« **syk**



Foto: IG Metall

3 500 Auszubildende aller Volkswagen-Standorte demonstrierten in Wolfsburg für eine tolerante und offene Zivilgesellschaft. Die Kundgebung richtete sich gegen die rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen der rechtsradikalen NPD.

IG Metall drängt bei Renten auf Korrekturen

Wer als Rentner auf staatliche Hilfe angewiesen ist, hat umsonst »geriestert«. Die fällige Riester-Rente wird dann von der staatlichen »Grundsicherung« abgezogen. Das hat das ARD-Magazin »Monitor« herausgefunden. Millionen Rentner seien betroffen. Und: Wegen des stark sinkenden Rentenniveaus in Deutschland werden immer mehr Menschen betroffen sein.

»Wenn keine schnelle Korrektur erfolgt, liegen die Leistungen der gesetzlichen Rente für immer mehr Beschäftigte unterhalb des

Grundsicherungsniveaus von derzeit 347 Euro«, warnt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Selbst Durchschnittsverdiener müssten dafür fast 29 Jahre lang arbeiten. Die IG Metall fordert, »die Fehlentwicklungen der Rentenpolitik« zu korrigieren. Dazu muss die Versicherungspflicht auf alle Erwerbstätige ausgedehnt werden. Langzeitarbeitslose sowie niedrige Einkommen müssen in der Rentenversicherung besser abgesichert werden. **fra**

Migranten brauchen Perspektiven

»Die Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund haben sich in den vergangenen Jahren überproportional verschlechtert«, analysiert die aktuelle IG Metall-Ausbildungsbilanz. »Weniger als ein Drittel der Bewerber mit Migrationshintergrund kommen zu einer Lehrstelle«, klagt Klaus Heimann, Abteilungsleiter im Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik. Bei den deutschen Bewerbern liegt dieser Anteil bei 40 Prozent.

Selbst mit guten Schulnoten hätten Jugendliche aus Migrantenfamilien geringere Chancen auf eine Lehrstelle. Dafür domi-

nieren sie bei den über 300 000 Altbewerbern: Ihr Anteil liegt bei 55 Prozent.

Auch vor diesem Hintergrund erscheint die im Wahlkampf von Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) angezettelte Stimmungsmache gegen ausländische Jugendliche absurd. Für die IG Metall bleiben Ausbildungs- und Arbeitsmarkt die Schlüsselfrage bei der Integration. Wolfgang Rhode, zuständiges Vorstandsmitglied: »Die Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Es braucht mehr berufliche Perspektiven für junge Migrantinnen und Migranten.« **fra**

Migranten beteiligen

Die IG Metall unterstützt einen Aktionsplan, das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten durchzusetzen. Nafiz Özbek, bei der IG Metall für Migration zuständig: »Die politische Beteiligung ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Integration gelingt.« Das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger ist in vielen EU-Ländern längst Standard. Deutschland muss dafür erst einmal die Verfassung ändern, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Daher dürfen derzeit nur Angehörige von EU-Staaten zur Wahlurne.

Opel stellt ein

Auf Druck des Betriebsrats nimmt die Opel-Geschäftsleitung Neueinstellungen »im dreistelligen Bereich« vor. Angesichts einer Million aufgelaufener Überstunden hatte der Betriebsrat vor Weihnachten angekündigt, Mehrarbeit vorerst abzulehnen. »Der Arbeitsdruck war nicht mehr zu verantworten«, begründete Betriebsratsvorsitzender Klaus Franz die Entscheidung. Die Geschäftsleitung hatte sich stets geweigert, mehr Personal einzustellen. Erst als sich der Betriebsrat entschloss, die Einhaltung tariflicher und betrieblicher Regelungen gerichtlich durchzusetzen, lenkte Opel ein.

Selbstversuch

Der italienische Nudelproduzent Enzo Rossi (42) lebte einen Monat lang mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern von 1000 Euro. Er wollte herausfinden, wie seine Arbeiterinnen und Arbeiter mit so wenig Geld über die Runden kommen. Denn so viel verdient eine Pasta-Macherin in seinem Betrieb. Rossi musste das Experiment nach 20 Tagen abbrechen. Da hatte seine Familie die 1000 Euro aufgebraucht. Der Unternehmer zog Konsequenzen aus dem Selbstversuch und erhöhte die Löhne seiner Beschäftigten um 20 Prozent auf 200 Euro pro Monat.

TELEFONAKTION

Wechselnde Schichtarbeit ist für Eltern oft ein Problem

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das muss aus Sicht der IG Metall machbar sein. Im betrieblichen Alltag stoßen Eltern aber immer wieder an Grenzen. Probleme gibt es etwa beim Thema Urlaub während der Ferien, Teilzeit an bestimmten Tagen oder Schichtarbeit.



Foto: Frank Kumpenhorst

Drei Stunden beantworteten Experten Fragen am Telefon (von links): Jürgen Hess, Betriebsrat bei Daimler Wörth, Silke Nötzel, IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt, und Volker Baisch, Verein Väter e.V. Hamburg.

Ich möchte wegen der Kinderbetreuung von Wechselschicht in Normalschicht gehen. Es gibt auch eine freie Stelle, aber mein Meister lässt mich nicht. Was kann ich tun? Das muss der Betriebsrat regeln. Er kann zum Beispiel argumentieren: Die Motivation am Arbeitsplatz ist besser, wenn das Familienleben geregelt ist. Wenn ein Mitarbeiter Probleme mit der Kinderbetreuung hat, belastet ihn das auch bei seiner Arbeit, und er macht eher Fehler.

Mein Chef hat mir meine Führungsfunktion mit der Begründung abgenommen, dass ich sie in Teilzeit nicht mehr ausüben kann. Mein Gehalt blieb allerdings gleich. Erst seit Era bekomme ich weniger Geld. Mein Chef begründet das mit Era. Hat er damit Recht?

Es kann durchaus sein, dass die Eingruppierung nach Era stimmt. Die Frage ist aber, ob der

Chef die Führungsposition mit der Begründung Teilzeit überhaupt wegnehmen durfte. Es könnte ein Fall von Diskriminierung vorliegen. Denn das Teilzeit- und Befristungsgesetz schreibt vor, dass niemand aufgrund von Teilzeit benachteiligt werden darf. Die Begründung, dass eine Führungsposition wegen Teilzeit nicht mehr ausgeübt werden kann, scheint deshalb fragwürdig. Ob man allerdings dagegen klagt, muss jeder selbst entscheiden.

Unser Kindergarten macht um 13 Uhr zu. Darum möchte ich keine Schichtarbeit mehr leisten. Geht das?

Es gibt keinen gesetzlichen Anspruch auf einen Arbeitsplatz ohne Wechselschicht. Wie flexibel ein Betrieb ist, hängt sicher von der Größe ab. Bei kleineren Unternehmen wird es wahrschein-

lich schwieriger, einen alternativen Arbeitsplatz zu finden.

Ich möchte wegen der Kinder beruflich kürzer treten. Habe ich einen Anspruch auf Teilzeit?

Es gibt das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Danach hat jeder in einem Betrieb mit mehr als 15 Beschäftigten ein Recht auf Teilzeit. Allerdings macht das Gesetz eine Einschränkung: Das gilt nur, wenn keine betrieblichen Gründe dagegen sprechen. Da diese Ausnahme recht weich formuliert ist, kann es in Einzelfällen Probleme geben, den Anspruch durchzusetzen.

Welche Fristen muss ich beim Elterngeld und bei der Elternzeit beachten?

Das Elterngeld kann höchstens drei Monate rückwirkend gezahlt werden. Deshalb sollte der Antrag spätestens drei Monate

nach dem gewünschten Termin bei der zuständigen Stelle vorliegen. Elterngeld und Elternzeit müssen schriftlich beantragt werden, Elternzeit spätestens sieben Wochen vor Beginn.

Ich möchte Elternzeit nehmen. An wen sollte ich mich in meinem Betrieb wenden?

Der Antrag muss beim Vorgesetzten eingereicht werden. Für eine Beratung würde ich zum Betriebsrat gehen.

Habe ich Anspruch auf meinen alten Arbeitsplatz, wenn ich aus der Elternzeit zurückkehre?

Nein, einen Anspruch gibt es nicht. Wenn es geht, sollte man das mit dem Arbeitgeber vorher schriftlich vereinbaren. Ist der Arbeitgeber zu einer solchen Vereinbarung nicht bereit, sollte man das Thema auf jeden Fall vor der Elternzeit ansprechen und über Alternativen reden.

Wir arbeiten im selben Betrieb und möchten uns nach der Elternzeit die Betreuung tageweise teilen. Meine Frau hat für ihre Teilzeit bereits eine Zusage, ich nicht. Was soll ich tun?

Auf jeden Fall auf eine Antwort drängen. Es gibt zwar nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz ein Recht auf Teilzeit. Allerdings hat man keinen Anspruch darauf, die Arbeitszeit an bestimmten Tagen zu verkürzen. Am besten: dem Vorgesetzten das Problem klar machen.

Habe ich einen Anspruch auf Urlaub während der Ferien?

Einen Anspruch gibt es nicht. Wenn es schwierig ist, den Urlaub während der Ferien zu nehmen, sollte man sich in der Abteilung absprechen. Vielleicht einfach mal unter Kolleginnen und Kollegen fragen, wer wann Urlaub machen möchte und anschließend gemeinsam zum Abteilungsleiter gehen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Infos zur Vereinbarkeit:

► www.igmetall.de/metallzeitung

»BMW hat völlig falsch kommuniziert«

Der in den Medien gemeldete Abbau der Leiharbeit bei BMW fällt doch niedriger aus. Er ist vor allem keine Folge der neuen BMW-Leihaarbeit-Vereinbarung, sondern betriebsbedingt.

Medienberichte, nach denen BMW angeblich 8000 Leiharbeiter rauswerfen will, sind laut BMW-Betriebsrat Unsinn. »Das wurde von BMW völlig falsch kommuniziert«, erklärt Hans Haumer, Leiharbeit-Verhandlungsführer beim BMW-Betriebsrat.

»Vor allem ist das keine Folge unserer Vereinbarung über eine faire Bezahlung der Leiharbeit nach dem Metalltarif-Grundentgelt. Dass 2008 abgebaut wird, haben wir schon im November gesagt. Da sind wir aber noch von höchstens 4000 Stellen ausgegangen, die jedoch komplett über Altersabgänge, Altersteilzeit und Arbeitszeitkonten aufgefangen werden sollten.«

BMW rechnet nach den Rekordergebnissen der vergangenen Jahre mit einem schlechteren Jahr. Hauptgrund neben den Modellwechseln ist der schwache Dollar. Zwar gibt es ein Umsatzplus von zwei Prozent. Das reicht aber nicht aus, um die Produkti-

vitätssteigerung auszugleichen. »Dadurch fällt Arbeit weg«, erklärt Horst Lischka, der beim Vorstand der IG Metall für BMW verantwortlich ist. »Leiharbeit ist dazu da, flexibel Produktionsspitzen abzudecken. BMW hat massiv Leiharbeit aufgebaut und fährt jetzt auf Normalmaß zurück.«

Auf keinen Fall jedoch werden 8000 gehen müssen, sondern höchstens 4000. »Aber arbeitslos wird keiner«, betont Haumer.

Faire Leiharbeit zum Metalltarif

Leihbeschäftigte bei BMW werden jetzt nach Metalltarif bezahlt. Ein Plus von bis zu 50 Prozent. BMW-Vorstand und Gesamtbetriebsrat haben eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Dafür haben Metallfrauen und Metallher bei BMW monatelang gekämpft. Auch und gerade im BMW-Werk Leipzig. Über ein Drittel der Belegschaft hier sind Leihbeschäftigte.



PRODUKTION IM BMW-WERK DINGOLFING: Leihbeschäftigte sind bei BMW nicht länger Beschäftigte »zweiter Klasse«.

DAS WURDE BEI BMW VEREINBART:

Leihfirmen müssen ihren Beschäftigten in BMW-Betrieben das ihrer Arbeitsaufgabe entsprechende Grundentgelt nach Metall-Tarifvertrag zahlen. Das heißt konkret: mindestens 11 Euro je Stunde in Leipzig und 11,61 Euro in Bayern. Und bis zu 23,76, beziehungsweise 28,17 Euro. Bisher gab es teilweise Löhne um 7 Euro.

Die weiteren Schritte der IG Metall in den kommenden Wochen:

- BMW handelt mit den Leihfirmen entsprechend neue Verträge aus.
- Die IG Metall verhandelt mit den Leihfirmen Tarifverträge auf Basis des Metalltarifs, sowie weitere Details.

Sanktionen, die BMW ab sofort gegenüber Leihfirmen ausüben kann: Leihfirmen, die sich nicht an die neuen Bedingungen halten, werden von Aufträgen ausgeschlossen. Betriebsrat und Geschäftsleitung kontrollieren, ob die Leihfirma die Arbeit auch wirklich korrekt bezahlt.

In der Januar-Ausgabe berichtete **metallzeitung** von der Leiharbeit-Vereinbarung. Als BMW Ende Januar einen Jobabbau ankündigte, war die Zeitung bereits gedruckt.

»Die Leihfirmen haben uns zugesichert, dass sie niemand entlassen. Die suchen in Bayern ja schon händeringend qualifiziertes Personal. Wir jedoch haben für die Leihbeschäftigten bei BMW dauerhaft erreicht, dass ihre Arbeit endlich fair entlohnt wird.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr Infos zur Leiharbeit bei BMW:
► www.igmetall.de/metallzeitung

PFLAUME DES MONATS

Ist der Bahnchef ferngesteuert?

Der nächste Satz tut richtig weh: Guido Westerwelle hat Recht. Autsch! Das musste jetzt leider gesagt werden. Er habe null Verständnis für die Äußerungen des Bahnchefs, sagte der FDP-Mann. Wir haben das auch nicht. Erst einigte sich **Hartmut Mehdorn** mit seinen Lokführern, und kaum 24 Stunden später faselte er von einer dramatischen Schädigung. Zwar war Mehdorn, nach unseren Informationen, irgendwie in den Deal verwickelt.

Sein Schaden sollte es aber auf gar kei-

nen Fall sein. Wozu hat die Bahn denn Kunden? Sie sollen es zahlen. Aber das reichte unserem Bahnchef nicht. Schließlich hat er ja drei Gewerkschaften. Warum nicht die anderen beiden dafür prügeln, was er mit der dritten gerade ausgehandelt hat? Entlassungen, droht Mehdorn. Und zack, da wackelt der Beschäftigungspakt. Doch vielleicht ist der Mann unschuldig und Opfer eines Komplotts. Wurde Mehdorn etwa ferngesteuert? Am Ende gar von den Börsianern, diesen Geldvermehrern eines fremden Universiums? Egal! Wer für den Irrsinn verantwortlich ist, soll Mehdorn sofort stoppen. Noch mal Westerwelle zustimmen – das würden wir einfach nicht aushalten.



Foto: Boris Roessler / picture-alliance

**Ugur Civelek, 32 Jahre,
Materialprüfer, Deutsche
Edelstahlwerke:**

»Ich arbeite in Wechsel-
schicht und verdiene knapp
2 000 Euro netto im Monat,
mit Sonntagszulage manch-
mal bis 2 200 Euro. Davon
ernähre ich eine Familie mit
drei Kindern. Jedes Jahr
muss ich feststellen, dass
wieder alles teurer wird: Vor
fünf Jahren musste ich für
die Heizkosten rund 40 Euro
im Monat einplanen, jetzt
80 Euro. Meine Fahrten zur
Arbeit mit dem Auto kosten
mich jeden Monat 140 Euro.
Da bleibt kaum was übrig.
Wir leisten hier in Siegen in
der Blankstahl-Fertigung
harte Arbeit. Acht Prozent
mehr Geld für uns sind ge-
recht. Und das Unterneh-
men kann es gut verkraften.
Die Stahlbranche verdient
zurzeit gut. Auch die Deut-
schen Edelstahlwerke.«



IN DER TARIFRUNDE IN DER STAHLBRANCHE GEHT ES UM GERECHTIGKEIT

Harte und hochwertige Arbeit will gut bezahlt sein

Wir bringen Leistung auf hohem Niveau – und wollen jetzt einen fairen und gerechten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Solche Sätze sind zurzeit in allen deutschen Stahlwerken zu hören. Die Branche boomt: Die Auftragsbücher sind proppevoll, die Gewinne auf Rekordniveau. Darum gehen die fast 100 000 Stahl-Beschäftigten in West und Ost mit viel Selbstbewusstsein in die Tarifrunde. Acht Prozent mehr Geld wollen sie. Und mehr freie Tage für Ältere, denn die Arbeit ist hart und bald jeder Dritte ist über 50. Seit 21. Januar verhandelt die IG Metall mit den Arbeitgebern.

Immer wenn die Bündel aus meterlangen blanken Stahlstäben irgendwo in der Halle abgeladen werden, scheppert es heftig. In der Blankstahl-Halle bei den Deutschen Edelstahlwerken in Siegen-Geisweid geht es laut zu. Hier wird hochwertiger Stahl produziert, Vormaterial für kleine Teile und Nischenprodukte, zum Beispiel für Kugellager und Gelenkwellen oder Teile für Airbus-Fahrgestelle. Seit über 20 Jahren arbeitet Peter Schmidt hier und hat schon allerlei Höhen und Tiefen miterlebt, bis hin zu einer drohenden Schließung. 2005 übernahm das Unternehmen Schmolz+Bickenbach das frühere Thyssen-Krupp-Unternehmen, zu dem die heutige Blankstahl-Fertigung in Siegen gehört. Seit 2007 heißt es »Deutsche Edelstahlwerke«. Und das neue Unternehmen boomt.

»Die Auftragsbücher sind bis Ende 2008 voll, die Kapazitäten bis an die Grenze ausgelastet«, berichtet Schmidt. »Das Unternehmen fährt hohe Gewinne ein.« 2007 gelang es den Deutschen Edelstahlwerken mit ihren rund 4 400 Beschäftigten an fünf Standorten, den Gewinn vor Steuern um 76 Prozent zu steigern: von knapp 70 Millionen auf 123 Millionen Euro. »Wir bringen Leistungen auf höchstem Niveau, arbeiten alle im Dreischicht-System, also auch regelmäßig an Wochenenden«, sagt Schmidt. »Acht Prozent mehr Lohn sind gerechtfertigt. Und die wirtschaftliche Lage gibt das her.«

Der momentane Boom hat die gesamte Branche erfasst. Die Kapazitäten in der deutschen Stahlindustrie sind mit 93 Prozent so stark ausgelastet wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Mehr ist technisch kaum drin. Ursache dafür, dass es der Branche so gut geht, sind nicht nur hohe Qualität und hohe Marktpreise. Seit

den 90er Jahren sind die Produktionsprozesse, Betriebs- und Arbeitsabläufe kräftig modernisiert worden. Was dazu geführt hat, dass immer weniger Beschäftigte immer mehr Leistung bringen. Die Produktivität stieg zwischen 1995 und 2006 um 51 Prozent. Dadurch sanken die Arbeitskosten je hergestelltem Produkt, also die »Lohnstückkosten«, um über elf Prozent. Gemessen an den gesamten Kosten sind die Arbeitskosten in der Stahlindustrie fast Peanuts. Sie machen nur noch rund acht Prozent des Umsatzes aus. Da schlagen allein schon die Energiekosten stärker zu Buche: Sie liegen bei gut elf Prozent.

Die Beschäftigten finden es nur fair und gerecht, wenn sie, die die Erfolge erarbeitet haben, auch daran mitverdienen. Vor allem, nachdem sie jahrelang erleben mussten, dass jede Tarifierhöhung gleich wieder durch höhere Preise geschluckt wurde. »Angesichts der kräftigen Gewinne der Stahlunternehmen ist es ein Muss, dass auch die Beschäftigten ordentlich daran beteiligt werden«, sagt Helga Schwitzer, die im neuen IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik zuständig ist. »Die IG Metall wird die Tarifrunde erfolgreich abschließen«, kündigte sie an. »Die IG Metall ist mitgliederstark und geschlossen – und damit ist sie für die anstehenden Verhandlungen gut aufgestellt.«

Günter Reidick arbeitet als Maschinenschlosser in der Strangguss-Reparatur bei Thyssen-Krupp in Duisburg-Ruhrort. Vier Kinder hat er. Drei davon sind noch in der Schule oder Ausbildung. »In meiner Werkstatt wird zwischen 1800 und 2000 Euro netto verdient. Bei 2000 Euro ist Ende«, berichtet er. »Am Monatsende bleibt nichts übrig. Darüber klagen hier alle Kollegen.« Die einzige Chan-

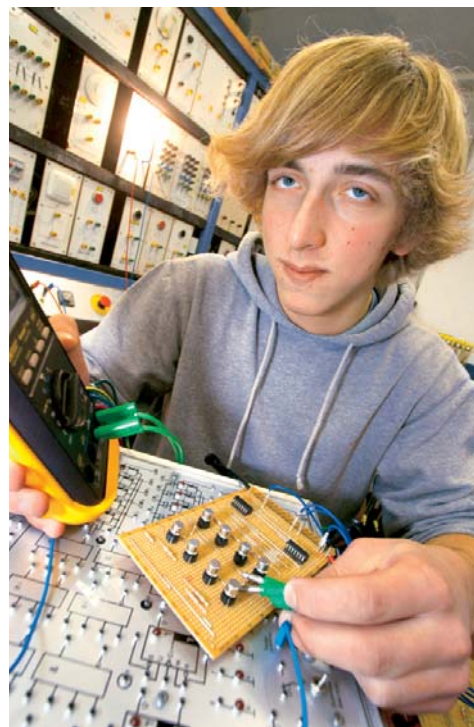


Foto: Thomas Ränge

Pascal Berg, 17, Auszubildender, Deutsche Edelstahlwerke:

»Ich habe jetzt gut 400 Euro netto im Monat. In den vergangenen zwei Tarifrunden wurden unsere Ausbildungsvergütungen nicht erhöht. Stattdessen bezahlt das Werk die Lernmittel. 100 Euro mehr im Monat können wir Azubis gut gebrauchen. Meine Bustickets sind im vergangenen Jahr zwei Mal teurer geworden. Ich muss jeden Monat allein 55 Euro für die Fahrtkosten hierher ausgeben.

Ich finde es auch gut, wenn die älteren Kollegen im Betrieb zusätzliche freie Tage erhalten. Das betrifft uns ja auch einmal. Außerdem bringt das neue Stellen für Junge.«



Manfred Haude, 58, Hebezug-Beauftragter, Schmiede- und Elektrostahlwerke Gröditz:

»Es brummt im Stahlwerk. Die Laufzeiten der Hauptaggregate sind deutlich gestiegen und die gute Auftragslage deutet an, dass das auch so weitergehen wird. Schon in den vergangenen drei Jahren sind unsere Tonnenzahlen von 90 000 auf 120 000 angestiegen. Das muss sich auch bei den Löhnen widerspiegeln. Die acht Prozent sind mehr als angemessen, schon wegen der ständig steigenden Strom- und Benzinpreise.«

Foto: Thomas Härtlich / transit Leipzig

ce für ihn und die Kollegen in seinem Arbeitsbereich mehr Geld zu verdienen, ist eine Tarifierhöhung. »Darum«, fügt er hinzu, »setzen wir große Hoffnung auf die Tarifrunde.«

Maschinenschlosser Günter Reidick ist mit seinen 48 Jahren kein Oldie in der Belegschaft. Er ist nur vier Jahre älter als der deutsche Durchschnitts-Stahlarbeiter. Fast jeder Dritte ist über 50, in fünf bis zehn Jahren wird es jeder Zweite sein. Wie sie das schaffen sollen, bis 65 oder sogar noch länger zu arbeiten, ist vielen ein Rätsel. »Ich arbeite schon fast 20 Jahre in Wechselschicht. Ich merke schon, dass ich mich nicht mehr so schnell regeneriere wie vor 20 Jahren«, sagt Blank-

stahl-Fertiger Schmidt aus Siegen, der 41 Jahre alt ist. »Manche 60-Jährige hier sehen schon aus wie 70. Wenn ich einen von ihnen sehe, denke ich manchmal: Es ist doch eine Zumutung für den Mann, dass er überhaupt noch auf Nachtschicht geht.«

Im Stahlwerk sein Geld zu verdienen, bedeutet immer noch schwere Knochenarbeit – trotz aller Modernisierung und Hochtechnologie, die in den Fertigungshallen längst die Produktion bestimmt. Der Arbeitsstress ist eher mehr geworden. Früher konnten sich die Beschäftigten nach dem Abstich noch ihre »Schmelzerpause« gönnen. Heute müssen sie pausenlos abstechen.

Unter Dauerstress stehen auch die »Disponenten«, die den Stahlfluss vom Abstich bis in die Brammen organisieren. Obwohl ihre Arbeit eher nach einem Computerspiel aussieht. »Wer ständig dafür verantwortlich ist, den richtigen Stahl zum richtigen Zeitpunkt an den richtigen Ort zu schaffen, steht unter Strom«, sagt Jürgen Dräger. Er ist Betriebsratsmitglied bei Krupp-Mannesmann in Duisburg. »Die Gefahr, das Rentenalter nicht zu erreichen, ist auch für diese Kollegen groß.« 30 oder 40 Jahre Kontischicht gehen auch an robusten Naturen nicht spurlos vorbei. Viele sind längst vor dem Renteneintritt kaputt. Oder kriegen kurz nach der Rente ge-

STAHL-TARIFRUNDE DAS FORDERT DIE IG METALL FÜR DIE STAHLWERKER:

■ **Lohn und Gehalt:** Ab 1. Februar sollen die rund 95 000 Beschäftigten in der Stahlindustrie acht Prozent mehr Geld bekommen. Die Laufzeit: zwölf Monate.

■ **Ausbildungsvergütung:** Sie soll monatlich um 100 Euro steigen.

Außerdem möchte die IG Metall Folgendes vereinbaren:

■ **Mehr freie Tage für Ältere:** Beschäftigte, die 50 Jahre alt sind, erhalten pro Jahr einen zusätzlichen bezahlten freien Arbeitstag. Für jedes weitere Lebensjahr steht ihnen ein zusätzlicher bezahlter Urlaubstag zu. Damit will die IG Metall einen Beitrag leisten, um die Gesundheit der immer älter

werdenden Belegschaften besser zu schützen.

■ **Gemeinsamer Entgeltrahmen-Tarifvertrag (Gert) für Arbeiter und Angestellte:** Die IG Metall will mit den Arbeitgebern vereinbaren, dass die Verhandlungen über »Gert« noch dieses Jahr abgeschlossen werden. Die IG Metall

will durch eine »Regelüberleitung« sicherstellen, dass die Einkommen, die die Beschäftigten zu dem Zeitpunkt haben, wenn »Gert« eingeführt wird, dauerhaft abgesichert sind. Niemand soll anschließend weniger verdienen oder von künftigen Tarifierhöhungen ausgeschlossen sein.



**Rolf Zwick, 50,
Kraftfahrer,
Arcelormittal:**

»Ich transportiere im Werk Erz und Stäube, Coils und Brammen, Vorbänder und Schrott. Und zwar in Früh- und Spätschicht. Andere Kraftfahrer müssen auch nachts ans Steuer. Das ist schon hart. Nach der letzten Umstrukturierung und mit der elektronischen Auftragsvergabe hat sich die Arbeitsbelastung deutlich erhöht. Es gibt kaum noch Luft und es mangelt an Personal. Wegen der ›Rente mit 67‹ muss ich nun auch noch elf Monate länger arbeiten. Ich mache mir ernsthaft Gedanken, wie ich das schaffen soll.«

Foto: Carmen Jaspersen

sundheitliche Probleme. Die Lebenserwartung von Schichtarbeitern ist erheblich niedriger als die anderer Berufstätiger. Das haben Untersuchungen eindeutig ergeben.

Als Markus Bendig, Betriebsratsmitglied bei Arcelormittal in Bremen, kürzlich auf der Betriebsversammlung die Totenliste vortrug, blickten viele Stahlwerker betroffen zur Seite. Die ersten fünf auf seiner Liste waren alle unter siebzig. Das macht nachdenklich. »Dass jetzt auch noch die Rente mit 67 kommt, auch für Kontischichtler an hochbelasteten Arbeitsplätzen, ist rücksichtslos«,

empört sich Betriebsratsvorsitzender Michael Breidbach. »Wir müssen etwas tun.«

Bei Arcelormittal ist jeder Fünfte über 50. Nicht wenige der Älteren leisten immer noch Schwerarbeit am Hochofen. Viele von ihnen arbeiten auch noch regelmäßig nachts, was besonders belastend ist. »Eigentlich bräuchten alle Schichtarbeiter zum Ausgleich mehr Freizeit«, findet Uwe Jahn, Betriebsratsvorsitzender bei Schmiede- und Elektrostahlwerke Gröditz in Sachsen. Für die Beschäftigten ab 50 will die IG Metall in dieser Tarifrunde sowohl im Osten als auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen mehr freie Tage vereinbaren. Das ist neben höheren Löhnen für die IG Metall eine wichtige Forderung in dieser Tarifrunde. Setzen Beschäftigte und IG Metall das durch, würden nicht nur viele Ältere entlastet, sondern es würden auch Stellen für Jüngere frei.

Im Gröditzer Stahlwerk sind alle Beschäftigten Facharbeiter. Sie produzieren Kurbelwellen und Ruderanlagen für große Schiffe sowie Rohteile für Großlager. »Wir können tausend verschiedene Stahlarten liefern«, berichtet Betriebsratsvorsitzender Uwe Jahn. Aber die Stahlwerker können noch mehr. Sie können

auch kämpfen. Vor vier Jahren haben sie die 35-Stundenwoche mit erstritten, drei Jahre vorher einen Insolvenzverwalter vom Hof gejagt. Rund 80 Prozent der Beschäftigten sind in der IG Metall organisiert. Jahn weiß: »Wenn unsere Leute sich ein Ziel gesetzt haben, setzen sie es mit aller Konsequenz durch. Dann stehen sie wie eine Eins.«

Am 21. Januar war in Gelsenkirchen die erste Tarifverhandlung. Jetzt geht es zügig weiter. Oliver Burkhard, der neue IG Metall-Bezirksleiter in Nordrhein-Westfalen, hat angekündigt: »Wir wollen keinen langen Verhandlungsmarathon, sondern schnell zu einer Entscheidung kommen.« Wenn sich bei den Arbeitgebern nach vier Tarifrunden nichts bewegt hat, könnte schon über einen Arbeitskampf entschieden werden. Am 1. Februar endet sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland die Friedenspflicht. Vor dem Gröditzer Stahlwerk flattert schon die rote IG Metall-Fahne. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de
Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Informationen zur Stahl-Tarifrunde sind im Internet zu finden unter:

- www.igmetall.de
- www.nrw.igmetall.de

STEUERPARADIES DEUTSCHLAND

Die Firmen erhalten Geschenke -

Für Betriebe ist Deutschland ein Steuerparadies. Ein hoher Preis, denn dafür fehlt in vielen Kommunen das Geld und die Belastungen für die Menschen steigen und steigen. Sie müssen die Zeche für die Betriebe zahlen.

Die Hiobsbotschaft erreichte die hessische Kleinstadt Karben per Post. Im Jahr 2008, teilte die Continental-Geschäftsleitung in einem sehr förmlichen Schreiben mit, würden die Steuern »auf null« zurückgefahren. Und auch die Zahlung für das vierte Quartal des vergangenen Jahres falle aus. Außerdem, kündigte die Continental-Geschäftsleitung schon einmal an, könnten demnächst auch noch Rückforderungen eingehen – für bereits geleistete Steuerzahlungen in 2007.

Für die Kleinstadt in der Wetterau kommt das einem Erdbeben gleich. Denn Siemens-VDO, der frühere Besitzer, hatte bisher weit über zwei Millionen Euro jährlich an Gewerbesteuern gezahlt. Das Geld fehlt jetzt im Haushalt der Stadt. Und wie immer in solch einer Situation müssen die Karbener Bürger aushelfen: Neben den Preisen für die Ausleihe in der Stadtbibliothek wurden auch die Schwimmbadpreise kräftig erhöht. Für wichtige Projekte aber reicht es nicht mehr – wie beispielsweise eine Sporthalle. Jugend-Fußballer aus Karbener Vereinen müssen bei Eis und Kälte im Freien trainieren. Und für den Erwerb des runtergekommenen Bahnhofs fehlt es der Stadt ebenfalls an Geld.

Auch in Babenhausen in Süd-Hessen hat sich der neue Besitzer von Siemens-VDO, die Firma Continental, vorerst vom Finanzamt verabschiedet. »Steuervorauszahlung null«, hat eine Sachbearbeiterin im Rathaus unter »Continental« registriert. Bisher hatte Siemens-VDO mindestens 200 000 Euro jährlich an Gewerbesteuern gezahlt, mehr als alle anderen Betriebe.

Die Stadtverwaltung rechnet damit, dass die null von Continental vorerst Bestand haben wird. »Wir haben das im Haushalt für das laufende Jahr berücksichtigt und gehen davon aus, dass das erst mal so weitergeht«, bedauert die Abteilung Steuern. Das marode Babenhausener Schwimmbad, das längst erneuert werden müsste, muss noch warten.

Dabei hat die Stadt Babenhausen schon in den vergangenen Jahren erhebliche Schläge einstecken müssen. Zahlten die Betriebe kurz vor der Jahrtausendwende noch sechs Millionen Euro Gewerbesteuer an die Stadt, sind es jetzt gerade mal 2,8. Der Grund: Mit der Steuerreform im Jahr 2001 hat die Rot-Grüne Bundesregierung neue Regeln eingeführt, dazu zählen wie konzerninterne Gewinne und Verluste zu verrechnen sind. Parallel hat die damalige Regierung die Steuersätze für Kapitalgesellschaften von 51 auf 38 Prozent, die von Personengesellschaften von 54 auf 45 gesenkt. Der erhoffte Stellenaufbau blieb freilich aus. Nur Dividenden und Managergehälter sind explodiert.

Tatsächlich hält das deutsche Steuerrecht für Betriebe riesige Schlupflöcher offen. Von der Kaufsumme von 11,4 Milliarden Euro, die Continental beispielsweise an Siemens-VDO gezahlt hat, geht bereits eine Milliarde Steuerersparnis ab: Der neue Besitzer kann die Zinsen für die aufgenommenen Kredite absetzen. Sie wurden von 39 internationalen Banken finanziert. Auf diese Weise wird das Geld, das bisher an Kommunen der Siemens-VDO-Standorte floss, an Kreditinstitute um-

MEHR ZUM THEMA SOLIDARISCHE EINFACHSTEUER – DIE ALTERNATIVE DER IG METALL

Die IG Metall hat dem in Mode gekommenen Griff in die Taschen der Menschen ihr Konzept der »Solidarischen Einfachsteuer« entgegengestellt, zuletzt bekräftigt auf dem 21. Gewerkschaftstag im November in Leipzig.

Die Schwerpunkte:

- Geringe Einkommen werden entlastet, dafür werden hohe Einkommen stärker belastet;

- Unternehmen- und Kapitaleinkünfte müssen wieder stärker herangezogen werden, um damit auch gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen;
- Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden;
- Bei der Erbschaftssteuer dürfen Betriebsvermögen nicht weiter begünstigt werden;
- Gewinnverlagerungen in Niedriglohnländer müssen erschwert werden.



Tristess am Bahnhof in Karben (Hessen): Eine Folge von Steuergeschenken der Regierung an die Betriebe.

- die Kommunen sind pleite



Foto: Frank Rumpenhorst

geleitet. Dabei ist Deutschland längst ein Niedrigsteuerland – für die Betriebe. »Die Steuereinnahmen aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die wegen der Unternehmenssteuerreform 2001 drastisch zurückgingen, liegen auch 2005 noch unter dem Stand des Jahres 2000. Obwohl diese Einkommen von 2000 bis 2005 um über 30 Prozent gestiegen sind«, hat der Wiesbadener Steuerexperte Lorenz Jarras kritisiert. Jarras war Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen 2003. Kein Wunder also, dass die tatsächlich bezahlte Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland noch unter dem EU-15-Durchschnitt liegt.

Klar schmälern ausbleibende Unternehmenssteuern die Lebensqualität in Städten und Gemeinden. Die öffentlichen Investitionen etwa, kritisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), blieben in Deutschland weit hinter denen in anderen Ländern zurück. »Während deren Anteil in Deutschland 1,3 Prozent am Bruttosozialprodukt erreicht, liegt dieser Wert in Europa fast doppelt so hoch.«

Oder die Bildungsausgaben. So gibt die öffentliche Hand gerade mal 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Schulen und Bildung aus. Damit schafft die reiche Bundesrepublik in der OECD gerade einmal den 21. Rang. Die Folgen müssen Eltern, Schüler und Studenten tragen: Zu wenig Lehrer, zu große Klassen und auch Studiengebühren.

Mit der Unternehmens-Steuerreform 2008, die in diesem Jahr angelaufen ist, setzt die Schwarz-Rote Bundesregierung die fröhliche Umverteilung von unten nach oben fort. So wird der Körperschaftssteuersatz von 25 auf 15 Prozent gesenkt und der durchschnittliche Satz bei der Gewerbesteuer von 20 auf 14 Prozent. Wilfried Kurtzke, Steuerexperte der IG Metall: »Nach unseren Berechnungen werden Betriebe mit jährlich rund acht Milliarden Euro entlastet.«

Und wie werden die Löcher in den Haushaltskassen gestopft? Wie üblich, sind Beschäftigte und Verbraucher dran. Sie müssen höhere Mehrwert- und Versicherungssteuern bezahlen. Und auch die Kosten für das Pendeln zum Arbeitsplatz sind nur noch eingeschränkt absetzbar. ■

Fritz Arndt

DER LESER HAT DAS WORT

Und die Rentner?

metallzeitung 1/2008, Editorial,
»Auch 2008: Faire Löhne und mehr Gerechtigkeit«

»Mit keiner Silbe wird auf die Situation der Rentner eingegangen. Wir gehen besonders beim Aufschwung leer aus. Wo bleibt hier die Gerechtigkeit?«
Ernst Schmidt, Heusenstamm

Am Samstag arbeiten

metallzeitung 1/2008, Titel,
»Neue Väter wollen mehr Zeit«

»Für die Automobilindustrie müsste man richtigerweise titeln: »Auch Samstags gehört Papa nicht mehr uns.« Leider ist bei Daimler der Samstag ein Regelarbeitstag. Und die Nachtschicht beginnt am Sonntagabend – was bleibt da noch vom Wochenende?

Männer brauchen Beruf und Familie. Doch wieviel Familie lässt die Industrie davon tatsächlich zu?«

Bernhard Wagner, Baden-Baden

Falscher Eindruck

metallzeitung 1/2008, Aktuell,
»Leiharbeiter: Solidarität verhindert Christen-Tarif«

»Als überzeugter Metaller und Christ war ich etwas erstaunt über die Überschrift. Das klingt sehr pauschalisierend und suggeriert, dass Kirchen mit Billigtarifen Leiharbeit unterstützen. Hintergrund ist wohl die längst überholte Vorstellung, dass die beiden großen Kirchen in Deutschland mit den christlichen Gewerkschaften gleich zu setzen wären. Wer sich ein bisschen in der jüngeren Sozialgeschichte auskennt weiß, dass Kirchen mit diesen Gewerkschaften und ihren Abschlüssen nur noch sehr wenig zu tun haben. Heute sind Kirchen und DGB-Gewerkschaften enge Partner. Die christlichen Gewerkschaften spielen überhaupt keine Rolle in den Kirchen und bekommen auch keine Unterstützung. Sie tragen nur noch im Namen das christliche. Schade, dass durch eine solche – sicher als reißerisch gedachte – Überschrift ein anderer

Eindruck vermittelt wird. Ich bin stolz, Christ und Metaller zu sein und damit sowohl in Kirchen- als auch Gewerkschaftskreisen ernst genommen zu werden.«

Patrik Schneider, Achern

Skandalöse Umstände

metallzeitung 1/2008, Aktuell,
»Rechte schikanieren Metaller«

»Die geschilderten – skandalösen – Umstände veranlassen mich, Jasmin B. meine volle und uneingeschränkte Solidarität auszusprechen. Dieser Vorfall ist mit Sicherheit kein Einzelfall, häufen sich doch immer mehr die antidemokratischen Untaten der rechten, braunen Szene. Gleiches gilt auch in meinem Heimatland Belgien. Hier breitet sich die braune Brut aus, ohne dass der Staat mit geeigneten Gesetzen oder Gegenmaßnahmen deren Treiben einschränkt oder gar besser ein Ende setzt. Als Demokrat, Rentner (Jahrgang

1939) und als Mitglied der IG Metall wünsche ich mir von den Gewerkschaften eine noch offensivere Auseinandersetzung mit dem Thema, und zwar europaweit.«

Henri Mengels, Eupen (Belgien)

Flächendeckende Tarife

metallzeitung 1/2008, Arbeit,
»Faire Leiharbeit zum Metalltarif«

»Es war wirklich eine gute Nachricht, dass die Leiharbeitskräfte bei BMW in Leipzig Zug um Zug mit der Stamm-

Belegschaft gleichgestellt werden sollen. Der Haken bei der Sache ist aber, dass BMW ausgerechnet nach dieser Vereinbarung genau diese Leiharbeiter entlassen hat. Tarifvereinbarungen dieser Art müssen flächendeckend in allen Branchen erfolgen – erst dann bringt es den von der IG Metall gewünschten Erfolg, und zwar, dass Leiharbeit gerecht entlohnt wird. Ansonsten passiert immer wieder das Gleiche wie bei BMW in Leipzig.«

Monika Felsner, Ingolstadt

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: Entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bei Zuschriften per E-Mail bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Auch unsere Hotline ist wieder besetzt. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS



Das Foto »Windenergiegewinnung« schickte uns unser Mitglied Walter Laube aus Eisenhüttenstadt, 70 Jahre und seit 1961 Mitglied der IG Metall. Die Aufnahme entstand 2005 bei einer Fahrt durch das Oderbruch in der Nähe von Neuhausen und zeigt das Thema Windenergie aus einer ungewöhnlichen Perspektive.

MITMACHEN FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis ein multifunktionales Braun Digital Radio. Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Wettbewerb findest du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI WILFRIED SCHMID

Aufsichtsrat ohne Manager-Allüre

In vielen Großunternehmen werden jetzt neue Aufsichtsräte gewählt. Die Hälfte der Sitze wird mit Arbeitnehmervertretern besetzt, wobei die Kapitaleseite jedoch den entscheidenden Vorsitzenden stellt. Trotzdem bestimmen Arbeitnehmer hier mit – ohne »Manager« zu sein. Wilfried Schmid vom Lkw-Hersteller Iveco Magirus in Ulm ist einer von ihnen.

Wilfried Schmid passt nicht in das von den Medien gemalte Bild vom Arbeitnehmer-Aufsichtsrat, der zum Manager mutiert ist und keinen Draht mehr zu den Beschäftigten im Betrieb hat. »Völliger Quatsch«, schimpft Schmid, salopp in Sweatshirt und Jeans, lockeres Mundwerk beim Rumwitzeln mit seinen Betriebsratskollegen. »Klar ziehe ich für die paar Stunden Sitzung einen Anzug an. Sobald ich da raus bin, holt mich der normale Betriebsalltag wieder zurück auf den Boden. Da klingelt das Handy und ein Vertrauensmann ist dran, und ich muss mich um Probleme eines Kollegen kümmern, mit dem Meister sprechen oder so. Zu 95 Prozent meiner Zeit bin ich Betriebsrat.«

In den Aufsichtsrat gewählt wurde Schmid, der als Kfz-Mechaniker im Lkw-Umbau in Ulm angefangen hat, erstmals 2002. Seit Dezember ist er auch Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Iveco Magirus AG, mit 4000 Beschäftigten an 32 Standorten, zumeist kleinere Niederlassungen.

»So neu war der Aufsichtsrat nicht für mich. In den Themen war ich schon vorher durch den Wirtschaftsausschuss drin«, sagt Schmid. »Doch die Mitbestimmung im Aufsichtsrat eröffnet weitere Möglichkeiten. Wir können Risiken viel schneller abschätzen, unsere Leute informieren, frühzeitig Strategien entwickeln und handeln. Und wir können betriebliche Themen auf höchster Ebene ins Gespräch bringen.«

In den vergangenen Jahren gab es einige Veränderungen, die im Aufsichtsrat wegen der Stimmenmehrheit der Kapitaleseite zwar nicht verhindert – aber aufgeschoben und frühzeitig aufgefangen werden konnten. »Das bringt einfach mehr Luft für den Betriebsrat, um Lösungen auszuarbeiten und die Leute ins Boot zu holen«, erklärt Schmid.

»Die Leute ins Boot holen« ist für Schmid Grundsatz seiner Arbeit. Er koordiniert die Informationspolitik des Gesamtbetriebsrats. Es gibt regelmäßig Infoblätter und eine Internet-Plattform. Mit der Abteilung Betriebspolitik beim IG Metall-Vorstand wurde eine neue durchgehende Informationsstruktur für das Jahr 2008 erarbeitet, vom Aufsichtsrat über die Betriebsräte bis zu den Vertrauensleuten. Alle



Wilfried Schmid, Aufsichtsratsmitglied bei Iveco Magirus: »Die Mitbestimmung gehört uns allen.«

Sitzungen sind entsprechend terminiert. »Die Vertrauensleute sind immer informiert und können aufklären. So verhindern wir Gerüchte und Verunsicherung.«

Ins Boot geholt haben Schmid und Co auch die Beschäftigten der 30 Kfz-Niederlassungen. »Die waren früher mal mit uns im Industrietarif – und plötzlich haben viele, zuerst im Osten, gar keinen Tarifvertrag mehr.« Schmid hat das Thema wiederholt im Aufsichtsrat angestoßen – bis der Konzernvorstand in Italien gesagt hat: »Regelt das endlich.« An vielen Standorten ist jetzt abgesprochen, dass auch gekündigte Tarifverträge weiter gelten. In Dresden ist ein neuer Haustarifvertrag ausgehandelt worden, der neben fairem Geld und Zeitkonten auch Anspruch auf Qualifizierung bringt. Das bringt auch neue IG Metall-Mitglieder. In Dresden ist der Anteil von acht auf 50 Prozent hochgeschneit. In Düsseldorf, Köln, Nürnberg

und München gab es ähnliche Erfolge. »Ohne die IG Metall geht doch nichts. Wir bekommen Wissen, Beratung und Unterstützung, beispielsweise ausführliche Bilanzanalysen. Das könnten wir allein nie.«

In seiner Freizeit feilt Schmid, der Familie mit einem Sohn hat und Motorrad fährt, auch gerne mal in Ruhe an Betriebsvereinbarungen. »Da habe ich Zeit und einen freien Kopf. Dabei erhole ich mich sogar«, meint Schmid lachend. »Aber da muss man schon Feuer und Flamme für Betriebsrat und IG Metall sein.«

Jetzt stellt sich Schmid als Aufsichtsrat wieder zur Wahl, gemeinsam mit zwei weiteren IG Metall-Betriebsräten. »Das wird kein Selbstläufer«, sagt Schmid. »Das Management achtet sehr wohl auf unsere Stimmen. Nur mit vielen Stimmen haben wir Gewicht und können für alle Beschäftigten politisch mitbestimmen.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

RECHT SO

Vom Büro aus: Ist ein Anruf beim Arzt erlaubt?

metallzeitung: Oft lässt es sich nicht umgehen, während der Arbeitszeit Privates zu erledigen. Zum Beispiel ein Anruf beim Arzt oder bei Behörden. Doch was ist erlaubt? Können Arbeitgeber arbeitsrechtliche Schritte einleiten, wenn Arbeitnehmer während der Arbeitszeit private Dinge tun?

Carsten Schuld: Um Streitigkeiten zu vermeiden, sollte Privates nicht am Arbeitsplatz erledigt werden. Denn: Grundsätzlich sind private Dinge während der Arbeitszeit nicht erlaubt und wer sich nicht daran hält, muss mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. Dahinter steht die vertragliche Verpflichtung des Arbeitnehmers, seine Arbeitsleistung während der Arbeitszeit uneingeschränkt dem Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen.

Die meisten Arbeitgeber haben aber ein Einsehen, wenn ein Beschäftigter kurz dringende Privatgespräche führt, wie beispielsweise mit einer Behörde oder einer Bank. Und in Notfällen, etwa wenn das Kind krank ist oder der Partner einen Unfall hatte, kann der Arbeitgeber notwendige Telefonate selbstverständlich nicht verwehren.

Schlimmstenfalls könnte er herzlos die Telefongebühren in Rechnung stellen. Gleiches gilt, wenn der Arbeitgeber Mehrarbeit anordnet und der Arbeitnehmer – um dieser Anordnung folgen zu können – einige Dinge erledigt. Beschäftigte sollten aber vermeiden, dass bei Vorgesetzten der Ein-

druck entsteht, dass sie private Dinge im Büro erledigen, die sie genauso gut in der Freizeit machen können.

Inzwischen gibt es in den meisten Unternehmen Betriebsvereinbarungen, die regeln, was in punkto Telefon- und auch Internetnutzung am Arbeitsplatz gestattet ist. Wenn das nicht der Fall ist, und eine klare Anweisung des Arbeitgebers fehlt, dann wird er mit arbeitsrechtlichen Schritten nur dann erfolgreich sein, wenn er hohe Kosten oder einen großen Zeitverlust nachweisen kann.

Gleiches gilt übrigens auch für den Plausch in der Kaffeeküche. Er kostet letztlich Arbeitszeit, und das muss der Arbeitgeber nur begrenzt tolerieren. Vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen muss er deutlich sagen, wann das Maß überschritten ist. ■

Carsten Schuld,
Jurist beim DGB-
Rechtsschutz
beantwortet hier
jeden Monat Eure
Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE FÜR MITGLIEDER

Lohnsteuer: Gute und günstige



Foto: Emanuel Bloedt / EB-STOCK

Wer füllt schon gerne die komplizierten Formulare der Einkommenssteuererklärung aus? Wer kennt alle Tipps, um Steuern zu sparen? Die Servicegesellschaft der IG Metall bietet jetzt für alle Mitglieder eine gute und günstige Lohnsteuerberatung an.

Jedes Jahr verschenken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bares Geld. Denn jeder, der keine Einkommenssteuererklärung abgibt, schenkt dem Finanzamt im Durchschnitt rund 500 Euro.

Kein Wunder, wünschen sich immer mehr Menschen eine günstige, kompetente und umfassende Steuerberatung. In 81 Verwaltungsstellen der IG Metall wird bereits eine solche Beratung geboten. »Jetzt gibt es endlich für alle Mitglieder eine flächendeckende, bundesweite Lohnsteuerberatung, die das bisherige Angebot ergänzt«, freut sich Michael Semenow, Geschäftsführer der IG Metall-Servicegesellschaft.

Insgesamt können Mitglieder nun auf 3 000 Beratungsstellen zugreifen. Die bieten neben der allgemeinen Lohnsteuerberatung

insbesondere auch Rat bei der Versteuerung von Renten, Vermietung und Verpachtung, bei selbstständiger Arbeit, Kindergeldanträgen sowie bei einer Erbschaft an.

Die Servicegesellschaft hat bei der Auswahl ihrer Partner darauf geachtet, dass neben einem günstigen Preis-Leistungs-Verhältnis für die Mitglieder der IG Metall eine geprüfte Qualität, Zertifizierung der Beratungsstellen sowie eine regelmäßige Weiterbildung der Lohnsteuerberater sichergestellt sind. Metaller Semenow: »Außerdem gibt es verschiedene Möglichkeiten sich beraten zu lassen, so dass jeder eine Steuerberatung findet, die perfekt passt.« ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Weitere Infos zur Steuerberatung:

► www.igmetall.de/metallzeitung



SERVICE

Beratung für alle Metaller

MEHR ZUM THEMA DIE BERATUNG VOR ORT

Mit über 3000 Lohnsteuerhilfvereinen und Steuerberatern steht den Mitgliedern der IG Metall jetzt ein flächendeckendes Netz zur Verfügung. Bislang gab es 23 regionale Berater und Vereine.

Die Qualität: Diese Steuerberater haben die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen fachlichen Zertifikate und sind bei der Aufsichtsbehörde registriert. Außerdem werden sie ständig weitergebildet, um in Sachen Steuerrecht auf dem neuesten Stand zu sein.

Die Beratung: Die Leistungen umfassen zum einen die Einkommenssteuererklärung. Zum anderen aber auch die steuerliche Beratung bei Immobilienbesitz, die steuerlichen Auswirkungen bei der »Riester-Rente«, Kindergeld, Eigenheimzulage, Freistellungsanträge, die richtige Steuerklassenwahl, Überprüfung der Steuerbescheide sowie die Rechtsmittelführung bis hin zur Klage vor dem Finanzgericht bei unrichtigen Steuerbescheiden.

Die Kosten: Für die Mitglieder der IG Metall entfällt die Aufnahmegebühr. Je nach Einkommen gibt es einen sozial gestaffelten Beitrag zwischen 20 und 260 Euro pro Jahr.

Die Suche nach einem persönlichen Berater vor Ort:

Entweder ein Anruf bei der IG Metall-Verwaltungsstelle, die nennt den nächsten Steuerberater vor Ort. Oder aber die kostenlose Hotline der Vereinigten Lohnsteuerhilfe e.V. (0800-18 17 616) oder der Fuldata e.V. (0800-22 24 456) anrufen.

Auch im Internet kann man einen persönlichen Berater suchen. Dafür die Postleitzahl angeben und so den Steuerberater vor Ort finden.

► www.igmservice.de ► www.vlh.de ► www.lohi-fuldata.de

Wichtig: Immer den Mitgliedsausweis der IG Metall vorlegen, beziehungsweise die Mitgliedsnummer angeben. Nur so können die verabredeten Vorteile wie beispielsweise der Wegfall der Aufnahmegebühr auch weitergegeben werden. Die Mitgliedsnummer steht auf dem Ausweis oder auch im Adressfeld der **metallzeitung**.

SOFTWARE DAS PRAKTISCHE WISO-PROGRAMM

Wer seine Steuererklärung lieber selbst machen will, für den bietet die IG Metall das »Wiso Sparbuch 2008« an. Seit vielen Jahren ist diese Software der ZDF-Sendung »Wiso« Marktführer. Das Programm erledigt die Einkommenssteuer einschließlich aller Einkunftsarten, Formulare und Erklärungen. Außerdem gibt es 100 ganz legale Steuertipps. Für IG Metall-Mitglieder gibt es das Programm für 29,95 Euro (10 Euro billiger als im Handel). Telefonisch zu bestellen unter 0180-53 54 55 1 (0,14 Euro pro Minute aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen). Download unter: ► www.igmservice.de Im Internet gibt es auch die praktische 5-Minuten-Steuererklärung, die überprüft, ob sich eine Erklärung überhaupt lohnt.



INTERNET DIE GÜNSTIGE BERATUNG IM INTERNET

Für Internet-Anwender gibt es auch eine Beratung im Netz. Der Lohnsteuerhilfverein Steuercheck:24 e.V. hilft, die Einkommenserklärung im Internet zu erstellen. Rückfragen erfolgen per Telefon und Mail. Dieser Service kostet im ersten Jahr 69,90 Euro, dann 79,90 Euro. Bei Einkommen aus Vermietung und Verpachtung erhöht sich der Preis auf 169,90 Euro. Infos unter: ► www.steuercheck24.de/igm

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

»Mobilisierung gegen rechte Rattenfänger«

metallzeitung sprach mit Gürol Ergül (25). Er kämpft gegen die rassistischen Positionen der rechtsradikalen NPD.

metallzeitung: Du hast im Januar in Wolfsburg den Protestmarsch der VW-Azubis gegen die NPD angeführt. Wie war's?

Gürol Ergül: Ich hatte an diesem Tag Geburtstag und das beste Geschenk bekommen, was man mir hätte machen können: 3500 Azubis aus allen VW-Werken haben lautstark gegen rechtes Gesinnungsgut protestiert.

metallzeitung: Gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und auch Rechtsextremismus?

Ergül: Genau. Denn die NPD macht seit einiger Zeit gezielt an allen VW-Standorten mit gewerkschaftspolitischen, aber auch globalisierungskritischen Themen auf sich aufmerksam.

metallzeitung: Zum Beispiel?

Ergül: Sie übernehmen die Aussagen der Gewerkschaften beim Thema Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit, Rente mit 67 oder Standortverlagerung.

metallzeitung: Klingt fast wie ein Flugblatt der IG Metall ...



Gürol Ergül,
Vorsitzender der
Gesamtjugend-
und Auszubilden-
denvertretung von
Volkswagen, setzt
sich für eine
demokratische
und tolerante
Zukunft ein:
»Niemand darf
den Rechten auf
den Leim gehen.«

Ergül: ... nur dass die NPD und andere rechtsradikale Gruppen mit ausländerfeindlichen und auch nationalen Parolen argumentieren. So zum Beispiel mit Wahlplakaten wie dem Motto »Besser ohne Multikulti« oder »Sozial geht nur national«. Da stellen sich mir die Haare zu Berge. Es kann doch nicht sein, dass es hier immer noch Menschen gibt, die glauben, Ausländer seien Schuld an Arbeitslosigkeit oder leeren Rentenkassen. Bei VW stünde ohne unsere italienischen,

spanischen, griechischen, kroatischen, serbischen oder türkischen Kollegen die Produktion still.

metallzeitung: Bunt statt braun ...

Ergül: Stimmt. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Gedanken-gut auf die Vergesslichkeit der Menschen setzt. Mit unserer Aktion wollte die VW-Jugend zeigen, dass wir den rechten Rattenfängern nicht auf den Leim gehen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de



Protestmarsch der VW-Azubis gegen die NPD.

Foto: Lars Landmann

LAUT UND LEISE

Fredo Wulf: »Katze Gut«: Dokufilm über die HDW-Werft

Fredo Wulf macht sozial engagierte Dokufilme. Neun Wochen war er auf der HDW-Werft in Kiel. »Es geht um Industriearbeit. Die wird ja heute kaum noch gezeigt. Sowas wird als 70er-Jahre-Quatsch bezeichnet«, sagt Wulf. Es geht um große Schiffe und einen riesigen Portalkran, der instand gesetzt wird. Und es geht um die Menschen: Ein türkischer Kranführer beim Spaßpöbeln mit einem nordirischen Betriebsrat, der nebenbei prima Gitarre klampft und singt. Und um einen den Tränen nahen Ex-HDWler, der bei den Massentlassungen vor drei Jahren aussortiert wurde, und um viele andere. Der Film läuft auch in Kinos in der Region. In einem Kieler Kino hatte der Film sogar mehr Zuschauer als Hollywood. DVD-Bestellung unter: ► www.fredo-wulf.de

**Thorsten Stelzner nörgelt Klartext: Gedichte und Satire**

Stelzner »nörgelt« satirisch über Politisch-Soziales und zwischenmenschliches. Er liest oft auf IG Metall-Veranstaltungen und kommt dort bundesweit bei jung und alt an. Für manche gilt Stelzner schon als der neue Bertolt Brecht. Er schreibt über den Chef, den »Alleskönner«, Aktionäre als »Lebenszeitvampire« oder den »Tagelöhner«. Sein »Knacken« (ein Korn im Getriebe) ist mittlerweile schon eine Art Hymne der IG Metall in seiner Heimatstadt Braunschweig. Dort ist auch sein nächster Auftritt: Beim Satirefest in der alten Brunsviga-Konservenfabrik mit »Auch Weicheier müssen eiskalt abgeschreckt werden« am 24. Februar. Stelzners neues Buch »Klartext« mit seinen besten Gedichten seit 1987 können IG Metall-Mitglieder vergünstigt für 12 Euro inklusive Porto bestellen: ► THUSI.Stelzner@t-online.de, Stelzners Webseite mit Infos und Leseproben: ► www.bs-blog.de

**Sarah Bormann: »Angriff auf die Mitbestimmung«**

Der Fall Schlecker: Beschäftigte werden durch »Einschüchterungen und Verlockungen« systematisch daran gehindert, Betriebsräte zu gründen. Dies geschieht durch Bespitzelung, Drohungen und Mobbing – bis hin zu Kündigungen wegen angeblicher Verstöße oder Minderleistung. Dazu kommt, dass Schlecker die weitgehend selbstständig in kleinen Läden arbeitenden Beschäftigten für ihre Umsätze und damit für ihre eigenen Arbeitsplätze in die Verantwortung nimmt. Das Buch zeigt aber auch: Schlecker ist kein Einzelfall. Die gleichen Strategien kommen in vielen Unternehmen vor. Sarah Bormann: »Angriff auf die Mitbestimmung«, Hans-Böckler-Stiftung. Berlin: Edition Sigma, 2007, 141 Seiten, 13,90 Euro

**MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE**

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Eine Bildschirmbrille muss der Chef bezahlen

Bildschirmarbeit bedeutet Schwerstarbeit für die Augen. Darum müssen Arbeitgeber die Kosten für eine Sehhilfe übernehmen.

Wer am Bildschirm arbeitet und eine Brille braucht, muss die Kosten nicht alleine tragen. Denn nach der Bildschirmarbeitsplatzverordnung muss der Arbeitgeber seinen Beschäftigten eine arbeitsmedizinische Untersuchung anbieten und bei Bedarf eine Sehhilfe finanzieren. Eine Designerbrille kann natürlich nicht verlangt werden. Hier wird man sich mit einem geeigneten »Kassengestell« begnügen oder aber draufzahlen müssen. Diese Regelung gilt für alle Beschäftigten, die täglich mindestens 30 bis 45 Minuten ihrer Arbeitszeit vor einem Bildschirm verbringen.

In der betrieblichen Praxis wird diese Vorschrift noch immer recht stiefmütterlich behandelt. Darum sollten sich Bildschirmarbeiter vor einem Arztbesuch oder einem Brillenkauf mit dem Arbeitgeber über die Kostenübernahme einig werden. Fest steht aber, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch eine Maßnahme des Arbeitsschutzes keine Kosten ent-

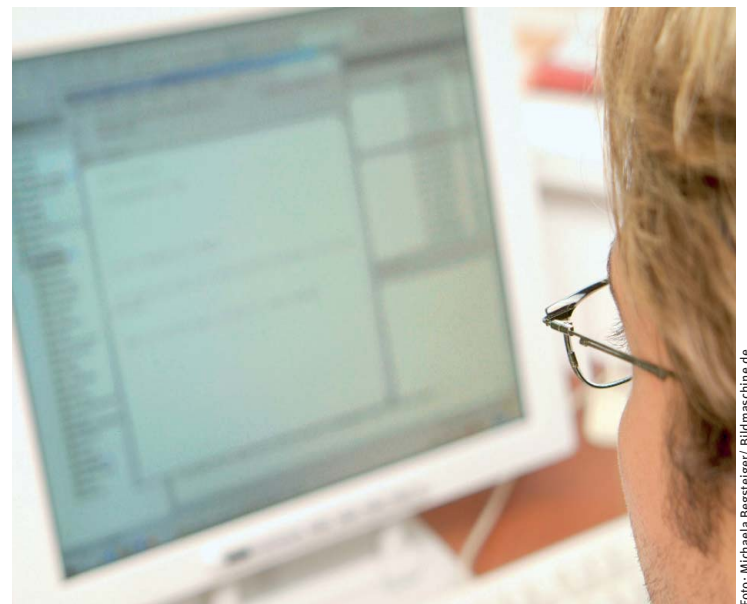
stehen dürfen. Den Arbeitsausfall oder die Kosten für die Fahrt zum Augenarzt hat der Arbeitgeber zu tragen. Wenn sich dieser quer stellt und die Kostenübernahme für eine Untersuchung oder die Sehhilfe verweigert, sollten die Betroffene ihren Sicherheitsbeauftragten oder ihren Betriebsrat informieren. Sie sollten besprechen, dass die Arbeitsbedingungen nicht menschengerecht gestaltet sind oder Gesundheitsgefährdungen vorliegen.

Falls dann immer noch keine Abhilfe geschaffen wird, kann der Betriebsrat die Gewerbeaufsicht – Amt für Arbeitsschutz – einschalten. Auch die Berufsgenossenschaft kann bei gesundheitlichen Beschwerden in Anspruch genommen werden. Zuvor sollten sich betroffenen Mitglieder aber bei ihrer zuständigen IG Metall-Verwaltungsstelle melden. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr Informationen unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung
→ Sehhilfe



Bei Bildschirmarbeit muss der Arbeitgeber die Brille zahlen.

RÄTSEL

1	2	3		4	5		6		7	8	9
10	19			11					12	3	
13			14		16		15	16			1
		17					18		21		
19	20		7			21	22			22	
23	9			24	25	17		26	27		
			28				29		18		30
31		32	8		33		14		34	13	
		35		36		37		38		39	
40	41	2		42	43	5		12	44		
45			46		20		47		4	48	
49	15	50				51			52		53
		54		11				55			6
56						57			10		

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22														

WAAGERECHT

- 1 kleine Menge (ugs.)
- 6 Aufziehen von Tieren
- 10 Fettart
- 11 süddeutsches Wort für: Rettich
- 12 Europäische Währungsunion (Abk.)
- 13 Summe Geldes
- 15 gezogener Strich
- 17 Begriff aus dem Wetterbericht
- 19 Hauptstadt Tibets
- 21 Papstname
- 22 chemisches Zeichen für Beryllium
- 23 altnordischer Gott
- 24 französischer Pluralartikel
- 26 noch nicht gebraucht
- 28 Sportler
- 31 Lungenluft
- 33 afrikanische Kuhantilope
- 34 Papageienvogel
- 35 Großeule
- 37 Europäische Artikelnummerierung (Abkürzung)
- 39 Abkürzung für: Operationssaal
- 40 Straße (Abk.)
- 42 Laute von Taubenvögeln
- 45 japanisches Brettspiel
- 46 8. UNO-Generalsekretär (Ki Moon)
- 47 Figur aus den „Bremer Stadtmusikanten“
- 49 töricht, unvernünftig
- 52 heftiger Windstoß
- 54 Fußhebel
- 55 grob
- 56 australischer Beutelbär
- 57 Gartenblume

SENKRECHT

- 1 chemisches Element
- 2 Windschattenseite des Schiffes
- 3 vor längerer Zeit errichtetes Haus
- 4 aufrührerischer Lärm
- 5 feinkörniges Stärkemehl
- 6 Berliner Milieuziegner t (Heinrich)
- 7 Münze in Europa
- 8 Autokennzeichen von Wismar
- 9 Papierbehälter
- 14 lateinisch: Sache, Gegenstand
- 16 Kultbild
- 18 Showmaster (Frank)
- 20 Viehhüter
- 22 Dienstzimmer
- 25 Hirnstrombild (Abkürzung)
- 27 Zufluss des Arno
- 28 Tempomaß (Abkürzung)
- 29 berb. Hirtennomaden
- 30 Ölsamenpflanze
- 31 erhöhter Beobachtungsplatz
- 32 Abkürzung für: Euro
- 36 Staat in Ostafrika
- 38 Ort auf der niederländischen Insel Ameland
- 41 Rohmaterial des Töpfers
- 43 Stadt in Westfalen
- 44 abseits einer Stelle
- 46 Stadt in der Schweiz
- 48 Halbaffe
- 50 Kurort in Belgien
- 51 Donauzufluss
- 53 Autokennzeichen von Ebersberg
- 55 Autokennzeichen von Düren

Die Gewinner

Das Lösungswort aus Dezember lautete:

Gesundheitsmanagement

Erster Preis:

Günter Kohlbecher, Bochum

Zweiter Preis

Angelina Fink, Knittlingen

Dritter Preis:

Ute Kilimann, Gelsenkirchen

Der Zusatzgewinn im Dezember:

je ein Buch geht an

Gerhard Pohle, Berlin

Klaus Mager, Nürnberg

Uwe Franke, Braunschweig

je ein IG Metall-Fußball geht an

Hartmut Orlovius, Wolfsburg

Ulrich Strake, Marienfeld

Einsendeschluss

22. Februar 2008

Zu gewinnen sind dieses Mal



Erster Preis

3 Übernachtungen für 2 Personen im IFA Rügen Hotel & Ferienpark *** / Ostseebad Binz.



Zweiter Preis

Ein original Steiff-Teddy »Petsy«.



Dritter Preis

Eine Garnitur »Pons Englisch in der Tasche«.

Sonderpreise: Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung

■ drei Bücher »Armut im Überfluss – Nachrichten aus einer gespaltenen Gesellschaft« von Dorothee Beck und IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine sowie

■ zwei IG Metall-Fußbälle.

Das Lösungswort unter Angabe des Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60239 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

DA GEHT WAS

Besser mit der Arbeitszeit-Ampel

Diese Zahl haute selbst den Betriebsrat um: In nur einem Jahr waren in der Daimler-Zentrale in Stuttgart 750 000 Arbeitsstunden einfach verfallen. Ein zäher Kampf um bessere Arbeitszeitregelungen begann, der bis vor das Bundesarbeitsgericht führte. Betriebsräten und IG Metall gelang schließlich der Durchbruch. Arbeitszeit verfällt heute nicht mehr.

Vor kurzem hatte der Daimler-Betriebsrat einen wütenden Abteilungsleiter in der Leitung. »Diese Gleitzeitvereinbarung ist ja wohl völliger Mist«, schimpfte der durchs Telefon. »Wegen dieser Regelung musste ich mein Budget überziehen. Was soll ich denn jetzt machen?«, fragte der aufgebracht Mann den Betriebsratsvorsitzenden Jörg Spies. Für Spies zeigte der Anruf: Die Vereinbarung zu flexiblen Arbeitszeiten funktioniert.

Seit eineinhalb Jahren regelt ein Ampelsystem flexible Arbeitszeiten in der Zentrale der Daimler AG in Stuttgart. Nur in vereinbarten Ausnahmefällen dürfen Beschäftigte maximal 200 Stunden auf ihren Zeitkonten ansammeln. Jede Stunde, die darüber hinaus geht, muss ausbezahlt werden. Arbeitszeit verfällt in der Zentrale seither nicht mehr.

Das war vor ein paar Jahren anders. Damals liefen Zeitkonten ständig über. Der Betriebsrat rechnete nach und kam zu einem erschreckenden Ergebnis: In nur einem Jahr waren rund 750 000 Stunden verfallen. Die rund 12 000 Beschäftigten hatten die Arbeit von 500 zusätzlichen Stellen umsonst miterledigt. Besonders erschreckend: Die Mehrzahl der verfallenen Stunden konzentrierte sich auf 15 Prozent der Belegschaft. Jörg Spies erlebte, wie Angestellte völlig erschöpft vor ihm saßen. »Die haben 14 oder 15 Jahre immer nur gearbeitet. Da sind auch Familien dran kaputt gegangen.«

Auf die Forderung des Betriebsrats, den Stundenverfall abzustellen, antwortete die Unternehmensleitung: Vorgesetzte könnten niemanden zwingen, nach Hause zu gehen. »Das Unternehmen hat unsere Zahlen nie bestritten«, sagt Metaller Spies, »aber es versteckte sich hinter der Freiwilligkeit.« Das war Spies zu einfach. »Gerade unter den Angestellten gibt es viele, die gerne arbeiten,



Die Zeit fest im Griff: Jörg Spies (Mitte) mit Kolleginnen und Kollegen der Daimler-Zentrale.

aber das Gefühl dafür verloren haben, was sie leisten können.« Die Vorgesetzten schauten weg, und immer mehr Menschen gerieten unter Druck, immer länger zu arbeiten.

Der Betriebsrat zog schließlich vor Gericht, und es folgte ein Rechtsstreit bis zum Bundesarbeitsgericht. Auch das Gewerbeaufsichtsamt schaltete sich ein. Denn immer wieder überschritten Beschäftigte die gesetzliche Höchst-arbeitszeit von zehn Stunden pro Tag. Doch erst als das Bundesarbeitsgericht die Gleitzeitmodelle bei Daimler beanstandete, bewegte sich das Unternehmen und verhandelte mit dem Betriebsrat und der IG Metall.

Ein Modell nach dem Ampelprinzip war schnell gefunden. Für Spies blieb aber die entscheidende Frage: Was passiert, wenn alle wegschauen? Deshalb regelte der Betriebsrat: Werden die 200 Stunden überschritten, muss Daimler zahlen. Das Modell wirkt. Das spüren auch die Beschäftigten. Birgit Zanker arbeitet als Sekretärin in der Kommunikation. Dort verfielen früher die meisten Arbeitsstunden. »Heute achtet unsere Leiterin sehr darauf, dass wir unsere Gleittage nehmen.« Ähnlich erlebt es Konstrukteur Peter Remmel. Seine Vorgesetzten schauen inzwischen sehr genau, dass keiner die gesetzlichen zehn Stunden überschreitet.

Mit dem Ergebnis ist Betriebsrat Spies zufrieden. Die Betriebsvereinbarung ist für die Menschen ein Schutz vor überzogenen Arbeitszeiten. Mit dem Abteilungsleiter will er sich noch zusammensetzen. In der Betriebsvereinbarung stehe ja nicht nur, was er machen kann, sondern vor allem was er machen muss, wenn Mitarbeiter zu lange arbeiten. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

MEHR ZUM THEMA SO FUNKTIONIERT DAS AMPELSYSTEM BEI DAIMLER

Im Ampelsystem gibt es drei Phasen. In der grünen Phase können sich Beschäftigte relativ frei im Rahmen von 60 Plus- bis 60 Minusstunden bewegen. Die gelbe Phase reicht von 100 Minus- bis 120 Plusstunden. In dieser Phase sollen Vorgesetzte in Arbeitszeitgesprächen

klären, wie Stundenguthaben abgebaut werden können. In der roten Phase kann das Zeitkonto bis auf 200 Stunden anwachsen. Allerdings nur, wenn es dafür betriebliche Gründe gibt und einen Plan, wie das Konto wieder auf gelb zurück gefahren werden kann.

AUCH ANDERE HABEN GUTE IDEEN

Öffentliche Aufträge? Nur noch zu Tariflöhnen

In Rheinland-Pfalz soll ein neues, besonders weitgehendes Tariftreuegesetz gegen öffentliches Lohndumping kommen.

In Rheinland-Pfalz sollen künftig nur noch Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die Tariflöhne zahlen. Zwar gibt es bereits in sieben anderen Bundesländern so genannte Tariftreuegesetze. Der Ansatz in Rheinland-Pfalz reicht aber weiter. Denn: Nicht nur Landesaufträge sind betroffen, sondern auch die Ausschreibungen der Kommunen sowie aller öffentlichen und »von Staatsnähe geprägten« Unternehmen – beispielsweise auch Stadtwerke, Krankenhausbetreiber, die Nürburgring GmbH und sogar die Industrie- und Handelskammern. Und: Nicht nur die Auftragnehmer selbst, sondern auch die von ihnen eingesetzten Nachunternehmer müssen Tarifzahlen. Ansonsten drohen Vertragsstrafen.

Das Gesetz soll ab 20000 Euro Auftragswert greifen. Eine Landesstelle gibt vor, welcher Tariflohn im Einzelfall gilt. Zur Anwendung kommen dabei nur »einschlägige« Tarifverträge – keine Haustarifverträge oder Billigtarife der so genannten christlichen Gewerkschaften. Dieses Vorgehen

schützt damit auch die Beschäftigten in den Handwerksbranchen der IG Metall wie im Elektro- oder Sanitärhandwerk.

»Öffentliches Dumping kann durch dieses Gesetz wirksam verhindert werden«, sagt Armin Schild, Leiter des zuständigen IG Metall-Bezirks Frankfurt. »Das geht viel weiter als Kochs wachweiches Gegenstück in Hessen.«

Der Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, Hendrik Hering (SPD), sieht auch Vorteile für Unternehmen: »Dumping schadet tariftreuen Unternehmen und den tarifgebundenen Arbeitsplätzen. Wir wollen fairen Wettbewerb, mit gleichen Ausgangslagen bei den Löhnen.«

Jetzt muss der Landtag dem Gesetz noch zustimmen. Allerdings verzögern Arbeitgeberverbände und CDU-Opposition die Verabschiedung mit Anhörungen und Anträgen. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr zum Landestariftreuegesetz:
► www.igmetall.de/metallzeitung

PRODUKT DES MONATS



Foto: ProtectES GmbH / Luxasolar Deutschland

Die Energiesparfolie ist auf dem Fenster nicht sichtbar.

Im Sommer muss die Hitze draußen bleiben

Solarfolien, unsichtbar auf Fenster geklebt, kühlen Räume im Sommer und helfen im Winter, teure Energie zu sparen.

Große Fenster zieren ein Haus, sagt der Volksmund. Sie haben aber auch Nachteile: Bei Sonnenschein heizen sie die Räume auf. Im Winter halten sie die Wärme nicht, die Heizkosten steigen. Davon konnten die Verwalter des Bildungszentrums WBS in Beverungen ein Lied singen. Ihr Gebäude hat einen hohen Glasturm. Und in ihm entwickelten sich im Sommer tropische Temperaturen. Für Seminare war er nicht mehr zu gebrauchen. Die Bildungsstätte löste das Problem jetzt mit einer Energiesparfolie, auch Solarfolie genannt. Die heißt Luxasolar und wird von der Firma Protectes vertrieben.

Die Folie besteht aus Polyethylen, ist mit Edelmetallen

bedampft und mit Silizium beschichtet. Sie wird von Monteuren mit Spezialkleber auf die Glasflächen aufgetragen. Es gibt sie getönt, aber auch transparent und unsichtbar. Im Sommer reflektiert sie einen großen Teil der Ultraviolett- und Infrarot-Strahlung. Das Licht dringt weiter durch, aber ein großer Teil der Hitze bleibt draußen.

Im Winter hält sie die Wärme im Raum. Dadurch soll sich bis zu 25 Prozent der Heizkosten einsparen lassen. Und noch einen Nebeneffekt soll sie haben: Sie macht das Glas stabiler und dadurch (einbruch-)sicherer. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

MITMACHEN SCHREIBT UNS EURE IDEEN UND PRODUKTE

Querdenken, etwas anders machen oder Dinge auf den Kopf stellen: Die metallzeitung sucht gute Ideen und Produkte, auf die Metallerinnen und Metallern stolz sind. Wer ist Weltmeister?

Wo gibt es neue Konzepte und Ansätze?

Per E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de



Foto: Thomas Mayer / Das Fotoarchiv

Beim Straßenbau in Rheinland-Pfalz erhalten künftig nur noch die Bauunternehmer einen Auftrag, die ihren Arbeitern Tariflöhne zahlen.

IN KÜRZE

Neue Versicherungen

Behinderte Menschen sollen künftig Zugang zu ausreichendem Versicherungsschutz erhalten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat mit der Union Versicherungsdienste eine Versicherungsstelle für chronisch kranke und behinderte Menschen eingerichtet. Diese Versicherungsstelle will Angebote entwickeln, die speziell auf die Bedürfnisse behinderter Menschen zugeschnitten sind. Derzeit gibt es für sie Versicherungslücken im Bereich der Unfall- oder Haftpflicht- sowie bei privaten Krankenzusatzversicherungen.

Infos gibt es beim Paritätischen Gesamtverband unter:
030-24 63 63 20 oder
behindertenhilfe@paritaet.org

Gute Arbeit zahlt sich aus

Unternehmen die ihren Beschäftigten gute Arbeit bieten, sind auch finanziell erfolgreich. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die das Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegeben hat. Wie sehr sich Mitarbeiter engagieren, hängt danach vor allem von der Unternehmenskultur ab. Den größten Einfluss haben Faktoren wie Teamgeist, das Zugehörigkeitsgefühl zum Unternehmen und die Wertschätzung der eigenen Person. Die komplette Studie gibt es im Internet unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Frauen kriegen weniger

Beim Elterngeld schneiden Frauen schlechter ab. Im Schnitt bekamen nur gut zwölf Prozent ein Elterngeld von mehr als 1000 Euro pro Monat. Bei den Männern waren es dagegen mehr als 46 Prozent. Im unteren Bereich sind Frauen stärker vertreten. Von ihnen erhielten rund 60 Prozent ein Elterngeld von weniger als 500 Euro. Bei den Männern betrug der Anteil etwa ein Drittel. Insgesamt ist das Elterngeld eher niedrig. Der Anteil der Bezieher von weniger als 500 Euro reicht je nach Bundesland von gut 50 bis knapp 70 Prozent.

ARBEIT

UNSERE TIPPS

Die laute Gefahr abstellen

Mit einem Anteil von 40 Prozent ist Lärmschwerhörigkeit die Nummer eins unter den Berufskrankheiten. Doch vor Lärm können sich Beschäftigte schützen. Arbeitgeber sind verpflichtet, Lärmbereiche abzutrennen und Lärmquellen soweit wie möglich abzuschalten.

Etwa fünf Millionen Menschen arbeiten in Deutschland bei einem Lärmpegel der ihre Gesundheit schädigen kann. Besonders häufig trifft es Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe. Hier sind rund 40 Prozent der Arbeitnehmer während mehr als der Hälfte ihrer Arbeitszeit erheblichem Krach ausgesetzt. Nicht ohne Folgen. Jedes Jahr erkranken rund 6000 Menschen an Lärmschwerhörigkeit. Ihr Anteil an allen Berufserkrankungen beträgt 40 Prozent. Damit ist Hörverlust durch Lärm die Berufskrankheit Nummer eins.

Doch Lärm schädigt nicht nur die Ohren, auch Herz und Kreislauf leiden. Bei Männern steigt das Herzinfarktrisiko um 30 Prozent, wie eine Studie im Auftrag des Bundesumweltamts zeigt. Lärm erhöht den Stress am Arbeitsplatz und das Unfallrisiko nimmt zu. Denn er lenkt ab und übertönt Warnsignale.

Damit der Arbeitsplatz nicht zur Gesundheitsfalle wird, müssen Arbeitgeber ihre Beschäftigten vor Lärm schützen. Ab einer Belastung von 80 Dezibel muss der Arbeitgeber Gehörschutz anbieten und ab 85 Dezibel Lärmbereiche vom übrigen Betrieb abtrennen. So sieht es die entsprechende Richtlinie der Europäischen Union vor.

Lärmschutz beschränkt sich jedoch nicht darauf, Grenzwerte einzuhalten. Der Arbeitgeber muss alle Arbeitsplätze unter dem Gesichtspunkt prüfen: Geht es nicht leiser? Dabei lassen sich mit einfachen Kniffen oft große Wirkungen erzielen. So macht es schon einen Unterschied, wenn Späne statt in eine Metall- in eine Kunststoffkiste fallen. Auch wenn Schlosser Teile mit einem Hammer nacharbeiten, sorgt das für

unnötigen Lärm. Die bessere Variante: eine kleine Presse. Eine Presse bearbeitet die Teile nahezu geräuschlos.

Lärm ist nicht nur eine Frage der Lautstärke. Wer laute Musik mag, leidet weniger darunter als unter Maschinenlärm in ähnlicher Lautstärke. Frequenzen, die im Bereich der menschlichen Stimme liegen, empfinden viele als besonders belastend. Denn in diesem Bereich ist das Ohr empfindlicher.

Ganz besonders leidet der Mensch unter impulsartigem Lärm. Ein lauter Knall rasiert gleich einige der empfindlichen Haarzellen im Innenohr, und er kann sogar einen körperlichen Schmerz

auslösen. Die Psyche leidet bei plötzlichen Lärmstörungen ebenfalls. Wer sich gerade auf eine Aufgabe konzentriert, wird aus seinem Gedankengang herausgerissen. Doch auch hier können Arbeitgeber Abhilfe schaffen. Dort wo Paletten regelmäßig laut auf den Boden knallen, können beispielsweise Gummipoller den Aufprall dämpfen.

Gleichmäßige Geräuschkulissen werden dagegen als weit weniger belastend empfunden. Daran gewöhnt sich das Ohr und schaltet nach kurzer Zeit mehr oder weniger ab. Doch auch das macht krank. Damit sich die Ohren erholen können, sollten Beschäftigte während der Schicht möglichst von einem lauten zu einem leisen Arbeitsplatz wechseln. Und der beste Lärmschutz ist: Lärmquellen soweit wie möglich abschalten. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Mehr Informationen rund um das Thema unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

In der nächsten Ausgabe: Schutz vor Vibrationen

MEHR ZUM THEMA

BEI LÄRM AM ARBEITSPLATZ GILT DAS MINIMIERUNGSGEBOT

Mit der Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung wurde die entsprechende EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Sie

legt Grenzen für tägliche Lärmbelastungen am Arbeitsplatz fest. Daneben enthält sie auch ein Minimierungsgebot. Danach müs-

sen Arbeitgeber Lärmbelastungen entsprechend der technischen Möglichkeiten soweit wie möglich reduzieren.

SO GEHT ES BESSER

Schwerbehinderte Azubis einfach normal ausbilden

Bei Mercedes in Bremen machen Schwerbehinderte eine »normale« Ausbildung – gemeinsam mit Jugendlichen ohne Handicap.

»Außer mir lernen fast alle aus meiner Schulklasse in Behinderteneinrichtungen«, übersetzt die Dolmetscherin in Gebärdensprache für Maren. Maren ist eine von neun schwerbehinderten Azubis bei Mercedes in Bremen. Sie lernen gemeinsam mit Nicht-Behinderten. »Völlig normal. Wir verstehen uns«, kommentiert eine von ihnen achselzuckend und ist eher verwundert über die Frage. Für ausführliche Fragen kommen regelmäßig Dolmetscherinnen vorbei. Und einmal die Woche gibt es extra Nachhilfe.

Dafür kämpft Schwerbehindertenvertrauensmann Alfons Adam seit Jahren, in Bremen und konzernweit. »Die Barrieren sind hoch«, erklärt Adam. »Besonders bei einigen Personal- und Ausbildungsbereichen. Aus Angst vor mehr Aufwand. Obwohl es öffentliche Fördergelder gibt. Doch der Konzernvorstand unterstützt uns und hat 2005 zugesagt, jährlich mindestens 24 Schwerbehinderte Azubis einzustellen.« Allerdings wurde diese Zahl bislang nie erreicht. Das liegt auch daran, dass sich einfach zu wenige Schwerbehinder-

te bewerben – im vergangenen Jahr nur 56. Die meisten sehen keine Chance oder gehen den üblichen Weg über Behinderteneinrichtungen. »Die machen, was Eltern und Lehrer für sie aussuchen«, sagt Azubi Patrick, der seit einer schweren Krankheit behindert ist. Dieser Weg endet dann in Behindertenwerkstätten oder in Arbeitslosigkeit. »Hier wird isoliert, statt integriert – anders als in Skandinavien oder in den Benelux-Ländern«, sagt Adam.

Die schwerbehinderten Bremer Azubis haben sich getraut. Adam hat an ihren Schulen gezielt informiert und geworben. Einige haben auch Verwandte im Werk. Alle haben sich regulär beworben, vorgestellt und ein Praktikum bestanden. »Die haben sich das verdient«, betont Ausbilderin Sabine Oetting. »Unsere Schwerbehinderten sind hoch engagiert – und genauso leistungsfähig, wie andere.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung
 ► www.igmetall.de → Gruppen & Netze → Behinderte Menschen



Foto: Carmen Jaspersen

Ausbilderin Sabine Oetting berät den gehörlosen Azubi Piotr Rutkowski.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: Thomas Koehler / photothek.net

Auch beim Lackieren sind giftige Lösemittel im Spiel.

Lösemittel sind Gift für Mensch und Umwelt

Nur Wasser ist ein unbedenkliches Lösemittel. Alle anderen sind mehr oder weniger tückische Gifte für Mensch und Umwelt.

Lösemittel sind überall in Betrieben und Alltag – beim Lackieren, Kleben, Entfetten, Drucken oder Reinigen. Sie schädigen das Nervensystem. Alkohol, auch ein Lösemittel, ist dafür nur ein populäres Beispiel. Wer ihnen am Arbeitsplatz jahrelang ausgesetzt ist, riskiert schlimme Folgen bis hin zu Demenz und Krebs (»Malerkrebs«). Lösemittel gelten zudem als Umweltgifte, sind wesentliche Auslöser für hohe Ozonwerte im Sommer und den Klimawandel (»FCKW«).

Kein Zufall also, dass die erste Aktion »Tatort Betrieb« der IG Metall in Baden-Württemberg vor genau 20 Jahren mit Lösemitteln startete und »Per und Tri« hieß. Inzwischen ist vieles besser geworden, auch im Arbeitsschutz. Dennoch: 2004

stand jede dritte anerkannte Berufskrankheit in 15 EU-Staaten im Zusammenhang mit der Einwirkung chemischer Gefahrstoffe, darunter Lösemittel, fand Eurostat heraus.

Deshalb legte die EU das Regelwerk »Reach« auf. Damit soll das Wissen über gefährliche Chemikalien erfasst und zugänglich gemacht werden. Denn von 100 000 Stoffen auf dem Markt sind bisher weniger als 100 in ihren Risiken bewertet, fand das Freiburger Gefahrstoff-Institut FoBiG heraus. Das Regelwerk »Reach« startet Mitte 2008 – ein neuer Ansatz im betrieblichen Gesundheitsschutz. ■

Mehr Infos zu Lösemitteln, Gefahrstoffen und »Reach«:

► www.igmetall.de/metallzeitung

MITMACHEN WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, dass es besser nicht an eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, was die besten Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte auf den Prüfstand. Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Europa kommt sozial nicht voran

Der Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Jörg Huffscheid, kritisiert die Marschrichtung der Europäischen Union (EU). Mit den Verträgen von Lissabon hält die EU an ihrem Kurs fest, dem Markt absoluten Vorrang einzuräumen. Der Kampf für ein soziales und demokratisches Europa wird damit nicht leichter.

Mitte Dezember unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Lissabon zwei Verträge: den »Vertrag über die Europäische Union« und den »Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union«. Zusammen bilden sie die Nachfolge des Verfassungsvertrags, der zweieinhalb Jahre zuvor in Frankreich und den Niederlanden durch Volksabstimmungen abgelehnt worden war. Der Gefahr eines erneuten Scheiterns wollten sich die europäischen Behörden und Regierungen nicht aussetzen. Das neue Vertragswerk wird nicht zur Entscheidung in Volksabstimmungen vorgelegt (außer in Irland, wo dies zwingend vorgeschrieben ist). Er soll vielmehr von den Parlamenten ratifiziert werden und Anfang 2009, vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, in Kraft treten. Dieses Abschieben vor öffentlicher Diskussion und Kritik bestärkt die Vermutung, dass es sich auch diesmal nicht um einen demokratischen europäischen Gesellschaftsentwurf handelt, sondern vielmehr um ein Projekt von Eliten für Eliten.

Die Verträge von Lissabon heißen nicht mehr »Verfassung«. Ansonsten hat sich nur wenig geändert. Das Vertragswerk ist nicht weniger umfangreich geworden, und es ist für normale Menschen nach wie vor unverständlich. Die ursprüngliche Kritik an der Verfassung hat weiter Bestand. Sie richtet sich vor allem auf drei Bereiche: Zum einen besteht das immer wieder beklagte demokratische Defizit der EU weiter. Zwar hat das Europäische Parlament nun in mehr Bereichen echte Mitent-

ZUR PERSON

Jörg Huffscheid (67) ist Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) und Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«. Er gehört dem wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland an und koordiniert das Netzwerk »Privatisierung und das europäische Sozialmodell«. Er studierte in Freiburg sowie Berlin Philosophie und Wirtschaftswissenschaften. Bis zur Pensionierung war er Professor für Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Bremen.



Jörg Huffscheid wirbt auch im Euro-Memorandum für eine andere EU-Politik.

Foto: Carmen Jaspersen

mehr. Sie wird zwar in einem Protokoll zu diesen Verträgen für die Mitgliedsländer für verbindlich erklärt, allerdings gilt dies nicht für Großbritannien und Polen.

Zweitens ist auch die viel kritisierte Verpflichtung zur Stärkung militärischer Fähigkeiten der Mitgliedsländer unverändert in den neuen Text übernommen worden. Es muss beunruhigen, dass die EU in dem neuen Text nicht klar gestellt hat, dass sie militärische Einsätze außerhalb des eigenen Territoriums strikt an ein Mandat der Vereinten Nationen binden würde.

Drittens hält die EU mit den Reformverträgen an ihrem Kurs fest, dem Markt absoluten Vorrang einzuräumen. Die Interessen der Gesellschaft müssen sich dem Konkurrenzdruck und dem internationalen Standortwettbewerb beugen. Politik zur Sicherung guter Arbeitsverhältnisse ist in den Verträgen nicht vorgesehen, und der Kampf gegen wachsende Armut bleibt den Mitgliedsländern überlassen. Gleichzeitig steigt der Druck auf sie, öffentliche Ausgaben zu senken. Die Verträge von Lissabon werden die Zunahme sozialer Unsicherheit und Ungleichheit in der EU beschleunigen. Der Kampf für ein demokratisches und soziales Europa als Alternative zum neoliberalen Konkurrenzmodell wird durch diese Verträge nicht leichter. ■

scheidungsrechte bei der Gesetzgebung. Entscheidend ist aber, dass das Parlament nach wie vor keine eigenen Gesetzentwürfe

vorlegen kann. Einen Rückschritt gibt es bei der Grundrechte-Charta. Zu den Verträgen von Lissabon gehört sie nicht

MEHR ZUM THEMA

WISSENSCHAFTLER ZEIGEN ALTERNATIVEN ZUR EU-POLITIK

In der Euro-Memorandum-Gruppe haben sich Wissenschaftler aus verschiedenen europäischen Ländern zusammengeschlossen.

Seit 1996 geben sie regelmäßig ein Euro-Memorandum heraus, in dem sie Alternativen zur Politik der EU aufzeigen. Nachlesen kann

man die Memoranden unter:
► www.memo-europe.uni-bremen.de → Working Group: Alternative Economic Policy

5

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Gute Arbeit

Arbeit wird stressiger, unsicherer und ist oft so schlecht bezahlt, dass das Geld zum Leben nicht reicht. Hauptsache Arbeit? Um jeden Preis? Nicht mit uns, sagt die IG Metall. Arbeit soll menschenwürdig sein. Ihre Ideen dazu bündelt sie unter dem Stichwort »Gute Arbeit«.

Vor über 30 Jahren haben die westdeutschen Gewerkschaften schon einmal eine Humanisierungsoffensive gestartet. Neue Technologien wurden eingeführt. Viele Beschäftigte landeten als »Rationalisierungsoffer« auf der Straße, die verbliebenen mussten sich umstellen. Die Initiativen zur »Humanisierung der Arbeit« (HdA) waren stark technisch orientiert und setzten auf Experten. Prekäre Arbeit, wie zum Beispiel befristete Jobs und Leiharbeit, spielten noch keine große Rolle. Genauso wie alternde Belegschaften. Außerdem waren die HdA-Projekte auf die Betriebe ausgerichtet. Wie Arbeit aussehen muss, damit auch private Bedürfnisse wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ihrem Recht kommen können, war damals noch kein Thema.

Das unterscheidet die traditionelle Humanisierungspolitik vom neuen Konzept »Gute Arbeit«. Letzteres setzt auch stärker darauf,

die Betroffenen zu beteiligen anstatt ausschließlich Fachleute über ihre Köpfe (und ihr Wissen) hinweg agieren zu lassen. Dies ist auch notwendiger geworden. Denn ohne tatkräftigen Einsatz der Belegschaften wird es immer schwieriger, etwas zu erreichen.

2002 haben Arbeitsschützer und Tarifexperten der IG Metall angefangen, Ideen zu einer neuen »menschengerechten Gestaltung der Arbeit« zu entwickeln. Es entstand ein befristetes Projekt dazu und der jüngste Ge-

werkschaftstag beschloss, dass »Gute Arbeit« dauerhafter Arbeitsschwerpunkt werden soll.

Themen sind zum Beispiel: Arbeitszeit und Leistungsdruck begrenzen; Schichtpläne gesünder gestalten; die Arbeitsbedingungen so verändern, dass auch Ältere die Arbeit schaffen und gesund ihre Rente genießen können; prekäre Arbeit eindämmen. Ein aktuelles Top-Thema: Gleiche Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter durchsetzen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Arbeit muss gut bezahlt, sicher und gesund sein

Nur drei Prozent der Beschäftigten bezeichnen ihre Arbeit als gut, ergab eine Umfrage der »Initiative Neue Qualität der Arbeit«, in der Bund, Länder, Gewerkschaften und andere Verbände zusammengeschlossen sind. Was Menschen wollen, ist vor allem ein festes Einkommen, eine Arbeit, die sicher und außerdem sinnvoll ist sowie Spaß macht. Und Jobs, die Menschen nicht krank werden lassen. Die IG Metall hat schon einiges entwickelt, um Arbeit besser zu machen, zum Beispiel eine Software, nach der sich gesündere Schichtpläne gestalten lassen. Mehr unter: ► www.igmetall.de/metallzeitung

Nur sehr wenige

Lediglich fünf Prozent der Männer arbeiten noch, wenn sie 64 Jahre alt sind. Das sind nicht viele. Bei den Frauen sind es sogar noch weniger: Dort haben nur noch drei Prozent der 64-Jährigen einen Job.

Diese Zahlen hat das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das zur Bundesagentur für Arbeit gehört, für das Jahr 2004 ermittelt. Aber auch vier Jahre später dürfte sich das Ergebnis nicht wesentlich verändert haben. Fast alle Menschen, die das noch geltende Regelalter von 65 Jahren erreichen, sind also gar nicht mehr erwerbstätig. Bereits ab 55 sinken die Beschäftigungsquoten, ab 60 Jahren sogar rapide.

Einen kleinen Lichtblick gibt es für ältere Erwerbslose: Dort wo die Arbeitsmarktlage gut ist, haben auch mehr Ältere einen Job. Aber selbst in den Bundesländern, in denen die Chancen auf Arbeit besser sind wie in Baden-Württemberg, ist die Beschäftigungssituation älterer Menschen nicht »annähernd gut«, sagen die Nürnberger Arbeitsmarktforscher. Was die über 55-Jährigen nicht wirklich überrascht. **sro**



DAS LETZTE

